

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 15. April 2013**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

26. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 19.17 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 25. Sitzung des Gemeinderates vom 11.03.2013 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: 1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herdt

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

Egon Schatzmann

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MDStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer

sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schriftführer:

W.AR. Inge Maderthaner

Beate Wiesinger

Entschuldigt:

Bgm. Dr. Peter Koits (SPÖ)

GR. Mag. Petra Lipp (SPÖ)

Verlauf der Sitzung

Der Vizebürgermeister Hermann Wimmer eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 08.04.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage von GR. Markus Wiesinger an Bgm. Dr. Koits gem § 10 GOGR betreffend Anträge, die einem Ausschuss des Gemeinderates zur Vorberatung zugewiesen worden sind:

Vzbgm. Wimmer: Herr Gemeinderat Markus Wiesinger hat folgende Anfrage an Herrn Bgm. Dr. Koits gerichtet:

Laut Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels und seiner Ausschüsse können die Antragsberechtigten nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten ab der Beschlussfassung über die Zuweisung verlangen, dass dem Gemeinderat unverzüglich über das Ergebnis der bisherigen Beratungen zu berichten ist.

Dazu ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche zugewiesenen Anträge (Periode 2009 – 2015) wurden noch nicht im entsprechenden Ausschuss behandelt?
2. Wie wurden die zugewiesenen Anträge in den jeweiligen Ausschüssen behandelt?
3. Gibt es Anträge, die länger als sechs Monate nach Zuweisung noch nicht behandelt wurden? Wenn ja, welche Anträge sind das?
4. Warum wurden etwaige zugewiesene Anträge noch nicht behandelt?
5. Welche Schritte werden unternommen, damit zugewiesene Anträge innerhalb von sechs Monaten einer Behandlung im Ausschuss unterzogen werden?

Aufgrund des Umfangs der Anfrage wird der Bürgermeister diese schriftlich beantworten.

Aktuelle Stunde

Es wurden zwei Themen bekannt gegeben: Von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion das Thema „leistbares Wohnen“, eingelangt am 7.3.2013, und von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion das Thema „Frei.Wild-Konzert“, eingelangt am 29.3.2013.

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat ihren Antrag auf Abhaltung einer aktuellen Stunde mit Schreiben, welches am 12. April 2013 im Büro des Bürgermeisters einlangte, zurückgezogen.

Somit wird das Thema der FPÖ-Gemeinderatsfraktion behandelt. Ich darf um eine erste Wortmeldung seitens der FPÖ-Fraktion ersuchen.

„Frei.Wild-Konzert“

StR. Kroiß: Bei der heutigen aktuellen Stunde geht es um die Vorgangsweise bei der Absage des geplanten Frei.Wild-Konzertes. Nur kurz zur Erinnerung: Der Veranstalter fragte bei der Stadt Wels an, ob die Rotax-Halle für ein Konzert der Gruppe Frei.Wild zur Verfügung steht. Dazu hat die Gruppe eine mündliche Bewilligung bzw. Zusage erhalten und begann mit der üblichen Bewerbung. In weiterer Folge wurde das Konzert in Wels plakatiert. Vom Deutschen Musikpreis „Echo“ wurde die Band eingeladen. Das war Anlass für Vzbgm. Wimmer zu sagen, die Rotax-Halle stehe der Band nicht mehr zur Verfügung. Vzbgm. Wimmer ließ durch die Presse ausrichten, dass „wir“ den Auftritt dieser Band nicht möchten. Da stellt sich schon die Frage, welches „wir“ zensuriert hier bzw. stellt fest, ob es sich um eine politisch korrekte Musik handelt? Welche Gruppe, welche Band wird als nächstes zensuriert?

Fast reflexartig begann der Verein Antifa mit wild konstruierten rechtsextremistischen Vorwürfen um sich zu werfen und versuchte somit tausende von Frei.Wild-Fans ins rechte Eck zu stellen. Es ist schon bedenklich, wie hier das Zensurgehabe um sich griff, weil anscheinend schon Begriffe wie „Heimat“ und „Ehre“ höchst verdächtig sind. Man versucht hier alles, nicht in dieses Weltbild Passende zu verhindern und zu verbieten. Wenn der Herr Vizebürgermeister schon der Meinung ist, die Band Frei.Wild nicht auftreten zu lassen, so hätte er sich vor seinem Alleingang einer seriösen Diskussion stellen müssen. Dabei wären wir vielleicht zu der Meinung gekommen, dass die Band zwar patriotisch und national eingestellt ist, die Texte durchaus gesellschaftskritisch und kontrovers sind. Sie sind auf keinen Fall rechtsextrem und Gewalt verherrlichend.

Wir sollten uns überlegen, wie wir in Zukunft mit solchen Konzertanmeldungen umgehen, denn mit dieser Begründung der Ausladung des Konzertveranstalters haben wir der Stadt Wels keinen guten Dienst erwiesen. Konzertagenturen – dies spricht sich in Österreich herum – werden die Stadt Wels noch mehr meiden. Ich bin schon gespannt auf den Ausgang der angekündigten Klage seitens des Veranstalters. Wenn wir diese Klage verlieren, übernimmt dann die Kosten die SPÖ und die Antifa oder wird wieder die Stadt Wels einspringen müssen? Übrig bleibt eine Menge enttäuschter Fans, die nicht verstehen, dass sich die Stadt Wels so einschüchtern hat lassen und zu keiner seriösen Diskussion bereit war.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Vzbgm. Wimmer: Ich möchte mich eingangs bedanken bei der SPÖ-Fraktion, dass sie die früher eingereichte aktuelle Stunde zurückgezogen hat, damit heute die Möglichkeit eröffnet wird, dieses Thema Frei.Wild-Konzert politisch zu diskutieren.

Für mich ist sehr interessant, dass vom Parteivorsitzenden der FPÖ-Fraktion festgestellt wurde, dass es sich dabei keinesfalls um rechtsextreme und schon gar nicht um Gewalt verherrlichende Texte handelt. Ich werde auf Grund von Fakten versuchen, sie vom Gegenteil zu überzeugen. Dazu legte ich mir eine Reihe von Zeitungsausschnitten, von Publikationen usw. zurecht – ohne Ausschnitte der Welser Antifa. Es gibt darüber hinaus aber sehr viele interessante Aussagen zu diesem Konzert. Ich darf sie vorweg beruhigen. Wir haben schon wieder jede Menge Anfragen für Konzerte in unserer Stadt, insbesondere in der Rotax-Halle, die sich ja grundsätzlich sehr gut für Konzerte und Veranstaltungen aller Art eignet.

Natürlich ist es zu keinem Vertrag mit dieser Agentur gekommen, sonst hätte die Agentur auch nicht – wie ich einer Presseaussendung von StR. Kroiß im März entnehme – von sich aus diese Veranstaltung zurückgezogen. Daher sehe ich einer Klage auch sehr gelassen entgegen und werde mich dann fragen, wie es möglich ist, für ein Konzert Werbung zu betreiben, für welches kein Veranstaltungsvertrag und keine behördliche Bewilligung vorliegt bzw. wie es möglich ist für eine Veranstaltung, die es noch gar nicht gibt, bereits Plakatständer aufzustellen, ohne dass die dafür erforderlichen behördlichen Bewilligungen, Zustimmungen der Stadt Wels als Eigentümerin des öffentlichen Gutes usw. vorliegen. Ich bin gespannt, wie der zuständige Verkehrsreferent auf diese Gesetzesverletzungen reagieren wird.

Der Veranstalter verkauft trotz fehlender Bewilligungen und trotz der Zurückziehung des Antrages weiterhin Eintrittskarten, die bei der zuständigen Behörde nicht angemeldet wurden. So eine Fülle von Aspekten, die mich ohnedies daran zweifeln lassen, dass man vor hatte diese Veranstaltung durchzuführen.

Der bekannter Musikwissenschaftler, Journalist und Schriftsteller Thomas Kuban hat sich bereits im Februar 2012 in einer Publikation in einem Buch – in der auch andere Bands aus dieser Richtung behandelt werden – sehr intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Er meint: „Es seien neben dem Text des Liedes „Südtirol“ auch andere Texte von Frei.Wild nationalistisch und völkisch geprägt. Das Album „Feinde deiner Feinde“ ordnete Kuban im März 2013 sogar dem Rechtsrock zu. In den auf dieser CD enthaltenen Texten gäbe es subtile Andeutungen, mit denen auch Neonazi-Bands arbeiten würden. Im Lied „Gutmenschen und Moralapostel“ spielen Frei.Wild auf das antisemitische Stereotyp von angeblich reichen Juden an.“ Zudem hebt er die Textstelle „Geschichte, die noch Kohle bringt“ hervor. Mit den Textpassagen „Heut´ gibt es den Stempel, keinen Stern mehr“ in „Wir reiten in den Untergang“ würde Frei.Wild laut Kuban die Judenverfolgung verharmlosen.

Nach der Auffassung des Mitarbeiters im Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (Apabiz) Christoph Schulze vertrete die Band ultranationalistische politische Inhalte, da sie einen Zusammenhang zwischen menschlicher Abstammung und dem Heimatboden behaupten würden. Als Beispiel wird das Lied „Wahre Werte“ angeführt, in dem der Untergang des Volkes prophezeit werde, in welches Migranten nicht einbezogen würden.

Der Geschäftsleiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung, Dirk Wilking, beurteilt diese Band als rechtsextrem, da sie seiner Meinung nach „Nazi-Ideologien“ verbreite. Als Beispiel dafür nannte er das Lied „Südtirol“ und sagte: „Im Lied „Südtirol“ etwa wird eindeutig Italien angegriffen: Südtirol soll nicht mehr zu Italien

gehören, vielmehr wollen sie etwas Großdeutsches. Es ist ein klassisches Modell der rechtsextremen Szene, da die Staatengeografie Europas in Frage gestellt wird.“

Es ist ganz klar, niemand stellt das Recht auf Heimatliebe in Abrede, das macht keine Fraktion im Gemeinderat. Wir lieben unsere Stadt Wels sowie Oberösterreich, Österreich und wir lieben Europa, aber wir stellen völkerrechtliche Grenzen, die nach dem ersten Weltkrieg, nach dem zweiten Weltkrieg gezogen wurden, nicht in Frage. Das unterscheidet vielleicht meine Auffassung und die Auffassung der SPÖ von der Auffassung des Herrn Stadtrat Kroiß.

Eine Musikband, die Gewaltverherrlichung und nationalistische Töne der übelsten Art von sich gibt, darf in Wels von der Stadt aus keine Bühne bekommen. Und es geht nur darum: „von der Stadt aus“. Wenn in einer privaten Halle ein Konzert stattfindet, werden wir das wahrscheinlich als Stadtverwaltung nicht beeinflussen können, es sei denn, es ergeben sich im Rahmen behördlicher Verfahren entsprechende überprüfbare Aspekte.

Es gibt - diese ist erst zwei Wochen alt – eine Aussendung des Österreichischen Mauthausenkomitees, eine Organisation, die man wahrlich nicht als linken Kulturwächter – manche haben mich in diversen Aussendungen so bezeichnet - einstufen kann. In dieser Aussendung des Mauthausenkomitees Österreich heißt es unter der Überschrift „Nationalistische und Gewalt verherrlichende Texte der Band sind Gift für die Jugend“. Die Gedenkstätte Mauthausen ist Österreichs wichtigstes Mahnmal gegen Nationalismus und Gewaltverherrlichung. Die Bedeutung dieses Mahnmals liegt aber nicht nur in der Erinnerung an das dunkelste Kapitel unserer Geschichte, sondern auch in der Aufforderung, heutige Menschen verachtende Strömungen konsequent zu bekämpfen. Die Band Frei.Wild hetzt gegen „Gutmenschen“ und Aidskranke, singt mit Inbrunst darüber, wie man andere blutig schlägt, und huldigt in nationalistischen Texten ihrem „Heiligen Land“ Südtirol. Vom deutschen Musikpreis „Echo“ wurde die Band aufgrund ihrer Inhalte ausgeschlossen. Texte, wie die von Frei.Wild, sind Gift und verleiten manche Jugendliche zum Einstieg in die rechtsextreme Szene. Dass das die FPÖ nicht stört, liegt auf der Hand. Aber weder mit dem christdemokratischen Gedankengut der ÖVP noch mit dem sozialdemokratischen der SPÖ lässt sich die Hetzpropaganda, welche die Band verbreitet, vereinbaren.“ So die Aussage des Österreichischen Mauthausenkomitees.

Ich habe natürlich nach der Nicht-Zurverfügungstellung der Rotax-Halle jede Menge Reaktionen bekommen. Hunderte von E-Mails in erster Linie aus dem Großraum Bozen, Südtirol. Einige davon haben sich sehr konstruktiv mit diesem Thema auseinandergesetzt und meinten, dass es bemängelbare Ansätze bei dieser Band gibt. Die überwiegende Anzahl der Zusendungen und E-Mails hat mich in meiner Entscheidung sehr bestärkt. Das waren zum Teil gröbste Beleidigungen und Beschimpfungen sowie Drohungen, was alles passieren würde, wenn das Konzert tatsächlich nicht stattfinden wird. Ich kann ihnen manche davon zur Kenntnis bringen. Das hat mich bestärkt, denn das ist ein fragwürdiges Klientel. Ich möchte nicht alle über einen Kamm scheren, denn es gibt Frei.Wild-Fans die sicherlich absolut in Ordnung sind – aber der überwiegende Teil der Zusendungen war unter jeder Kritik. Daneben gab es sehr viele positive Reaktionen, wie zum Beispiel von einem Geschichtsprofessor, der meinte: „Ich möchte Ihnen für die couragierte Absage des Konzertes der Band Frei.Wild gratulieren und Danke sagen für diese Aktion. Gerade als Geschichtslehrer ist es mir ein besonderes Anliegen die Verherrlichung von Gewalt bzw. rechtsradikale Tendenzen aufzuzeigen bzw. davor zu warnen.“

Der Kurier - keine der SPÖ zurechenbare Zeitung und kein links extremes Blatt - schreibt am 21.03.2013: „Den Stadtverantwortlichen sollte mal jemand Gas geben“ polemisierte der verurteilte Neonazi Robert F. (Gründer der verbotenen Nationalen Volkspartei)“. Der Kurier schreibt weiter: „Der stadtbekannte Skinhead Markus S., der Wiener FPÖ-Politiker Johann Gudenus und der wegen rechtsextremen Äußerungen aus der FPÖ ausgeschlossene Ex-Nationalrat Werner Königshofer laufen gegen Wimmers Absage jedenfalls Sturm.“

Der Standard am 20. März 2013: „Südtirol, du bist noch nicht verloren, in der Hölle sollen deine Feinde schmoren“, das ist eine Textprobe aus einem Lied der Südtiroler Band Frei.Wild, die in der rechtsextremen Szene in Österreich und Deutschland sehr beliebt ist. „Das Blut auf meinen Fäusten, ich find´ das steht mir gut“, heißt es in einer anderen Nummer. Standard: Nur die Welser FPÖ mache sich für nationalistische und Gewalt verherrlichende Texte stark. Unterstützung erhalte die FPÖ dabei nur aus der "braunen Szene", teils von bekannten verurteilten Neonazis.“

Der Kurier vom 19.03.2013: „Auch der stadtbekannte Skinhead Markus S. setzt sich plötzlich für Toleranz ein: „Was haben die ´nen Knall. Drecks Medien-Hetze gegen eine unpolitische Deutschrockband. Soweit sind wir schon.“

Der Kurier bringt noch eine interessante Textpassage zum Thema Gewalt, die ich ihnen auch nicht ersparen kann, zumal Herr Stadtrat Kroiß meinte, hier keinerlei Gewaltverherrlichung dieser Band festzustellen.

Der Kurier schreibt: „Manche der Liedtexte klingen extrem brutal: „(...) schlag Dir mein Knie in Deine Fresse rein. Heut´ vermöbel ich Dich, Zähne werden fallen durch mich. Ich tret´ Dir in die Rippen, schlag mit dem Ellbogen auf Dich ein. Jetzt (...) liegst in Deinem Blut. Das Blut auf meinen Fäusten, ich find´ das steht mir gut.“ - soweit zur Nichtgewaltverherrlichung des Herrn Stadtrat Kroiß.

Salzburger Nachrichten – ich gehe davon aus, auch keineswegs der SPÖ zuzuordnen und linker Kulturwächter, schreibt unter der Überschrift: „Frei.Wild aus Südtirol: Die schwarzen Schafe der Branche. Pure Heimatliebe oder harter Nationalismus? Die Band Frei.Wild spielt mit dem Bodensatz des Daseins. Deshalb wurde die Nominierung für den Musikpreis Echo storniert. Die Südtiroler Band Frei.Wild rockt durch eine gefährliche Grauzone. Die Nominierung wurde zurückgenommen mit dem Verweis auf die Kritik an der Nähe der Band zu rechtem Gedankengut. Die Grenzen verlaufen fließend. Wo ist ein Schlager nur konservativ Heimat liebend, wo aber schon gefährlich rechts? Wo beschwört ein Rocksong bloß grundsätzliches Aufbegehren gegen die Gesellschaft - und wo feiert eine Band bereits die Ausgrenzung und Blut und Boden?“ „Die Debatte um die Echo-Nominierung ist die aktuelle Spitze eines Rock-Eisbergs, der immer unheimlicher in einem braunen Tümpel schwimmt.“ heißt es weiter in dieser Zeitung. Es wird dann ein Bildtext zur Begründung dieser Aussagen zitiert: "Wir haben Leute verdroschen (. . .), keine Gefangene gemacht. Wir haben gesoffen und geboxt, standen oft vorm Richter, keine Reue, haben darüber gelacht.", das bezeichnet die Salzburger Nachrichten als harten Stoff, der nicht leichter wird, weil Sänger Philipp Burger einst rechter Skinhead war. „Jugendsünde“ nennt das die Band heute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, dass diese von mir dargelegten Umstände es wirklich rechtfertigen für diese Band keine städtische Einrichtung zur

Verfügung zu stellen. Ich glaube nicht, dass wir es als Stadt Wels nötig haben, solche von mir zitierten Texte, Schlussfolgerungen aus verschiedenen Medien, insbesondere aber auch was die Stellungnahme und den Aufruf des Österreichischen Mauthausenkomitees betreffen, das in diesem Gemeinderat zu ignorieren. Ich werde das nicht tun und ich hoffe, dass sie diesen Weg mit mir gehen können. Wenn es um solche Texte und Inhalte geht, würde ich heute genauso wieder handeln, wie ich dies vor sechs Wochen getan habe.

Vzbgm. Dr. Wieser dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Wimmer.

GR. Haböck: Als liberaler Demokrat fällt es mir relativ leicht hier eine Wortmeldung abzugeben, weil ich mich zum Glück nicht in diese teilweise tiefen ideologischen Diskussionen zwischen links und rechts, deren Aspekte ich wirklich nicht zuordnen kann, begeben muss, sondern dies relativ pragmatisch sehen kann.

Die Behauptung seitens des Sängers von Frei.Wild, sie sei eine unpolitische Band, ist natürlich lächerlich. Denn die Band Frei.Wild – da kann man dazu stehen wie man will – ist eine höchst politische Band, mit höchst brisanten politischen Ansichten, die nicht verboten, aber doch sehr politisch sind. Diese Augenauswischerei, sie seien eine unpolitische Band, ist auch nicht richtig.

Wels hat es wieder einmal in die bundesweiten Schlagzeilen geschafft. Das schaffen wir öfters, aber leider nicht immer mit positiven Meldungen. Ironischer Weise hat es Wels wieder einmal in die Schlagzeilen mit der Tatsache geschafft, dass Wels vieles sein will: „Sportstadt“, „Einkaufsstadt“, „Römerstadt“ und manchmal auch „die Stadt“, aber eines anscheinend nicht ist und auch nicht sein wird, nämlich „Konzertstadt“.

Vor einigen Jahren feierten wird das Dasein von Wels als Kleinstadt noch mit einem Abschluss-Open-Air. Abschluss deshalb, weil ich mir kaum vorstellen kann, dass trotz neuer Autobahnabfahrt große Konzertveranstaltungen, große Open-Airs nach dem damaligen Hickhack hier in Wels Station machen werden. Nun findet ein bundesweit beachtetes und heiß diskutiertes Konzert nicht statt und wird beachtet in den Bundesmedien, Kurier, Salzburger Nachrichten, Die Presse, aber auch teilweise in den deutschen Medien. Diskutiert wird diese Konzertabsage nicht nur wegen der Brisanz der Band Frei.Wild, sondern auch wegen der Vorgangsweise der Absage dieses Konzertes. Jetzt könnte man natürlich die Band Frei.Wild und das Konzert auf verschiedenste Arten kontrovers diskutieren. Einmal auf rein ideologischer Weise, wo einige in Wels alles überwachen und verbieten wollen, die FPÖ den Freiheitskampf von Südtirolern massiv unterstützen möchte und auf der anderen Seite eine SPÖ-Fraktion, die das Maß an Demokratie und Meinungsfreiheit in der Stadt mit der Höhe der finanziellen Subventionen an Vereine festlegt. Aber auf der anderen Seite hat diese SPÖ kein Problem ein anscheinend schon vereinbartes Konzert via Medien abzusagen.

Oder wir diskutieren es auf rein künstlerischer Ebene, was sicherlich schon wieder etwas schwieriger sein wird. Denn bei einer Abstimmung hier im Saal, wer die Band Frei.Wild vor dem „Echo“ schon kannte und heute ein Lied von dieser Band kennt, würde ich mir nicht sicher sein, sehr viele Hände in der Höhe zu sehen. Ich kenne diese Band auch erst seit einem Jahr und beschäftigte mich nicht weiter mit ihr, womit ich

mich völlig distanzlos zu dieser Band auf künstlerischer Ebene betrachte. Dadurch würde eine künstlerische Diskussion sehr kompliziert. Wobei ich allgemein der Meinung bin, dass eine rein künstlerische Betrachtung zu einer Zu- oder Absage schon etwas schwierig ist, weil, wenn das auf rechter Seite diskutiert wird, könnte man das auch auf linker Seite genauso machen.

Tatsache ist, dass das Konzert einer höchst umstrittenen, aber nicht verbotenen Band - auch das gehört erwähnt und muss in einem Rechtsstaat akzeptiert werden – auf großem medialen Druck abgesagt wurde. Ich glaube – das kann auch die FPÖ-Fraktion unterschreiben – dass die Stadt Wels in ihren Hallen sehr wohl von diesem Hausrecht Gebrauch machen und entscheiden kann, wer in diesen Hallen einen Auftritt bewilligt bekommt und wer nicht. Es stellen sich aber für mich und die ÖVP Wels-Fraktion vier essentielle Fragen:

1. Gab es – Herr Vzbgm. Wimmer verneinte es, Herr StR. Kroiß behauptete es – einen Vertrag oder zumindest eine Vereinbarung zwischen dem Veranstalter und der Stadt Wels?
2. Wenn ja, wer hat diesen Vertrag oder diese Vereinbarung abgeschlossen und warum, wenn eh schon seit längerer Zeit bekannt war, dass diese Band kontrovers und nicht erwünscht ist?
3. Wenn nein, wieso traut sich dann diese Konzertagentur - auch wenn sie selber den Antrag zurückgezogen hat – öffentlich anzukündigen, dass ein Vertrag mit einer Vereinbarung besteht und dass man diesen auch gerichtlich anfechten wird?
4. Werden in Zukunft Genehmigungen von Veranstaltungen kontroverser, nicht kontroverser Art von den Ansichten eines einzelnen Stadtsenatsmitgliedes abhängen oder wird es dazu in Wels ein professionelles, seriöses und nachvollziehbares Konfliktmanagement geben? Das ist meines Erachtens die entscheidende Frage in dieser Causa.

Solange diese vierte Frage nicht beantwortet wird, brauchen wir uns in Wels gar nicht mehr darum bemühen, dass wir größere auch kontroverse Veranstaltungen nach Wels bringen und eine positive Berichterstattung in den Bundesmedien haben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte mich jetzt gar nicht auf die Frage der politischen Bewertung der Band Frei.Wild einlassen. Außerdem möchte ich nicht darüber entscheiden, ob die Texte dieser Band rechtsradikal sind, ob sie rechtsextrem sind, ob sie nur rechts sind oder ob sie einfach nur deppert sind, denn das ist eigentlich nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe besteht in der Beurteilung dessen, was hier passiert ist.

Ich wollte eigentlich auch einige Zitate von Texten dieser Band hier zum Besten geben, aber ich schenke mir dies, denn der Herr Vizebürgermeister zitierte bereits ausreichend und belegte damit, dass diese Band eindeutig Gewalt verherrlichend ist und nicht wie Stadtrat Kroiß sagte, gesellschaftskritisch und kontrovers. Ich persönlich würde mich schämen, wenn die Stadt Wels einer Band wie Frei.Wild mit solchen Texten eine Bühne geboten hätte und ich bin froh, dass sich Wels dieses Image nicht verschafft hat, eine solche Band auftreten zu lassen. Allerdings finde ich es bezeichnend, dass der Herr Stadtrat Kroiß hier als Verteidiger dieser Band auftritt. Ich verstehe es ehrlich gestanden nicht so etwas zu tun und damit eine Verharmlosung dieser Texte zu betreiben, wo es

von Blut nur so spritzt und wo es um die Verherrlichung von Gewalt geht und um sonst gar nichts.

Ich denke wir können froh darüber sein, dass wir uns das ersparten, denn die öffentliche Diskussion möchte ich mir doch lieber nicht angetan haben, die es dann gegeben hätte, wenn diese Band in Wels aufgetreten wäre. Insofern bin ich sehr froh über diese Absage. Natürlich wäre es schön oder besser gewesen, wenn diese Absage früher erfolgt wäre, also wenn gleich nach der ersten Kontaktnahme das „nein“ gekommen wäre. Aber ich denke, man kann nicht den damit beschäftigten Beamten abfordern, dass sie jede einzelne Band im deutschen Sprachraum und darüber hinaus so gut kennen, dass sie sagen können, welche Botschaften hier verbreitet werden. Die Absage erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo offensichtlich noch keine schriftliche Vereinbarung getroffen war und so kann ich aus GRÜNER Sicht nur sagen froh darüber zu sein, dass es so gekommen ist. Wundern tun wir uns über diese heutige Aktuelle Stunde und darüber, dass die FPÖ-Fraktion diese Gruppe in dieser Weise verteidigt.

StR. Kroiß: Lieber Kollege Teubl, ich bin nicht der Verteidiger der Gruppe Frei.Wild, sondern es geht mir hier um die Vorgangsweise. Alles was heute gesagt wurde sind Werturteile. Werturteile, wie jeder einzelne, wie jedes Medium die Gruppe Frei.Wild sieht – nur darum geht es! Zum Kollegen Haböck möchte ich noch anführen, dass es laut Auskunft des Veranstalters diese mündliche Zusage zur Benützung der Rotax-Halle gab. In dieser Branche ist es durchaus üblich vorher anzufragen und nach der mündlichen Zusage mit der Werbung zu beginnen. Die Zurückziehung erklärte der Veranstalter damit, sich nicht auf eine Veranstaltung einzulassen, bei der das Tor verschlossen und die Fans anwesend sind. Das wollte er unter allen Umständen vermeiden.

Man kann zu den Texten stehen wie man will und es gibt verschiedene Werturteile. Herr Martin Martenstein vom Zeitmagazin, der sich die wichtigsten Texte dieser Band ansah, schrieb: „Diese Texte könnte man bei anderen Gruppen auch überall hinein interpretieren und im Gegensatz zu „Bushido“ sind manche Texte sogar poetisch.“ Es geht mir hier wirklich um die Vorgangsweise, denn wenn die Band Frei.Wild vom Echo nicht ausgeschlossen worden wären, hätte dieses Konzert am 09. Mai stattgefunden. Das heißt, wir sollten uns im Vorfeld eine Band anschauen und abklären, ob wir diese wollen oder nicht. Und natürlich sollte das Hausrecht die Stadt Wels haben, aber auch im Klaren darüber sein, ob wir bei einer Veranstalteranfrage die Gruppe haben wollen und nicht erst dann uns zurückziehen, wenn bereits Plakatierungen vorgenommen und Werbung betrieben wird sowie Karten bereits verkauft wurden.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der am Bahnhofplatz Wels ein Alkoholverbot erlassen wird.

Der Vizebürgermeister verliest den als Anlage 1 beigefügten Antrag.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

zuerkannt.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

1.)

Neubau des Sportzentrums Rosenau;
Grundsatzbeschluss
SF-Sport-120-2010

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sportausschuss am 11.02.2013:

Der Neubau des Sportzentrums Rosenau mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand für die Baumaßnahmen samt Einrichtung von 1,880.000,00 Euro exkl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 15 % – wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Weidinger: Es freut uns von der ÖVP-Wels mit dem heutigen Grundsatzbeschluss den Grundstein für den Neubau des Sportzentrums Rosenau zu legen. Als besonders positiv sehen wir die Tatsache, dass der Sport hier gewinnt, wenn zwei eigenständige Tennisvereine plus die UNION Wels in ein gemeinsam geführtes Zuhause finden.

Es freut uns, dass durch den Neubau Kosten eingespart und Synergien genutzt werden können. Der vorliegende Amtsbericht beschreibt nur zu einem geringen Teil die vorliegenden baulichen Mängel am bestehenden Gebäude. Wer schon einmal in der Rosenau war, weiß um die Wichtigkeit dieses Neubaus für die dortigen etablierten Tennisvereine und unter welchen Voraussetzungen trotzdem ausgezeichnete Vereinsarbeit geleistet wird. Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei allen ehrenamtlichen Mitarbeitern der beiden Tennisvereine bedanken. Besonders die Jugendarbeit darf hier herausgehoben werden mit ihren zahlreichen sportlichen Erfolgen bei nationalen und internationalen Turnieren, sei es die Tennisschule des Klaus Burndorfer oder die ausgezeichnete Vereinsarbeit von ASKÖ sowie das große Engagement der Frau Dr. Gusenleithner mit ihrem Team von der UNION. Eigentlich tragen alle dazu bei, dass Tennis wieder einen höheren Stellenwert als bisher bekam und dies trotz widrigster baulicher Mängel.

Etwas verwundert bin ich über den heute vorliegenden Grundsatzbeschluss, der nicht ganz mit den im Sportausschuss vorgelegten Unterlagen übereinstimmt. In der ursprünglichen Fassung war bereits ein Vorschlag zur Gründung des Trägervereines

und deren Zusammenstellung enthalten. Wir von der ÖVP-Fraktion sind der Meinung, dass alle maßgeblichen Vereine in diesem Trägerverein enthalten sein müssen. Und wenn ich von allen maßgeblichen Vereinen spreche, dann spreche ich auch für die UNION Wels, die mit Sitz und Stimme aufzuscheinen hat. Wir werden diesem Beschluss zustimmen, denn es geht um den Sport und wir freuen uns, dass in dieser Sache endlich etwas weitergeht.

Mag. Humer: Bevor ich auf den eigentlichen Tagesordnungspunkt eingehe, möchte ich noch einen Artikel im Sportteil von Christoph Zöpfl erwähnen, der hier über das Thema Kultur und Sport schreibt: „Ja, Ja, die Kultur ist natürlich sehr teuer, aber die Unkultur kostet auch der Gesellschaft sehr sehr viel Geld!“ Das kann man voll unterstreichen und ich als Sportfunktionär sage, dass natürlich Sport etwas kostet. Wir beschließen heute mit dieser Infrastrukturmaßnahme nicht wenig, aber die Gesellschaft, die Gemeinschaft hat die Kultur und den Sport zu bewerten. Ich bin wie Vzbgm. Wimmer der Meinung, der immer sagt, wir spielen nicht alle gegeneinander aus, wir sind dafür, dass alle etwas bekommen. Der Sport hat nicht die Lobby wie die Kultur und ich finde es gut, wenn wir alle gemeinsam vorgehen.

Es ist ein ganz interessantes Projekt. Die beiden Klubheime sind über 40 Jahre alt und in diesen 40 Jahren ist relativ wenig geschehen. Die sanitären Anlagen sind desolat, die thermische Sanierung wurde nie gemacht und ich denke, dies ist wieder so ein Beispiel, dass man gerade im Sport das Gemeinsame vor das Trennende stellt. Auf der einen Seite die funktionären Vertreter des UTC und auf der andere Seite die Freunde vom ATC. Die Spielerinnen und Spieler wollen Tennis spielen, die wollen eine gemeinsame Infrastruktur, die wollen im Anschluss an das Spiel gemeinsam etwas trinken und miteinander über den Sport sprechen.

Jedes dieser Projekte – sei es das Budokan oder andere – kostet viel Geld, auch dieses Projekt. Es ist eine Nachhaltigkeit gegeben. So ein Gebäude wird wieder 40 – 50 Jahre stehen, also eine Belastung von ein paar Euro auf das Jahr gerechnet.

Gemeinsam mit ATC und UTC und allen im Trägerverein vertretenen Mitgliedern geht etwas weiter, stellen wir nicht das Trennende in den Vordergrund. Mit den Worten des Herrn Vizebürgermeisters Wimmer: „Packen wir es an, gehen wir positiv in die Zukunft“, dann ist mir nicht Bang um diese Stadt.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir erkennen den Sanierungsbedarf der Klubheime der Tennisvereine an und wir finden es positiv, dass die Synergien zwischen den beiden Vereinen künftig in einem Klubheim genutzt werden und dass bei der Tennishalle gleich der Anschluss an das Klubheim mitgedacht wird. Dennoch möchte ich anmerken, dass wir in den vergangenen drei Jahren 3,8 Mio. Euro in Sportprojekte investiert oder zumindest den Beschluss dafür gefasst haben. Es heißt immer „nichts gegeneinander ausspielen“, das liegt mir fern. Ich wünsche jedem Sportverein die bestmögliche Infrastruktur, aber wir haben nicht nur in unsere Sportstätten zu investieren, sondern auch in Schulen und in Kulturstätten. Daher stelle ich mir die Frage der Verhältnismäßigkeit in diesem Zusammenhang?

Im Vorfeld der Budgetdebatte 2013 war immer vom Sparen die Reden. Sparen, sparen, sparen und jetzt mit fortschreitendem Jahr scheint das alles zu großen Teilen wieder vergessen zu sein. Ich gebe mich keiner Illusion hin, dass wir diesen

Grundsatzbeschluss heute fällen werden. Allerdings wird sich die GRÜNE-Fraktion enthalten, da wir einfach in der Relation diesem Beschluss nicht zustimmen können. Außerdem ergeben sich für uns sehr viele ungeklärte Punkte, wie es z.B. mit der Landesförderung aussieht? In welcher Höhe beteiligt sich das Land? Wie sieht der im Amtsbericht erwähnte Teilbetrag der UNION aus? Ein sehr wichtiger Punkt für uns ist, dass es keine Kostenüberschreitung bei dem Projekt geben wird, wie es beim Vereinsheim WSC Hertha der Fall war.

Vzbgm. Dr. Wieser übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Lehner.

Vzbgm. Dr. Wieser: Dieses Thema Rosenau beschäftigt uns schon seit einigen Jahren, ich glaube es geht auf die Jahre 2008 und 2009 zurück. Wer sich damals umsah, der kann gut verstehen und sich darüber freuen, dass wir heute im Gemeinderat zu einem Abschluss kommen und das Gebäude einer Sanierung unterzogen wird. Mit der Rosenau selbst als Sportzentrum – ich glaube die Tennisanlage war die erste und größte in der Stadt Wels neben ESV, Turnverein und Polizei- bzw. Postsportverein – können wir uns freuen, dass wir in Wels sicherlich ein großes Angebot an Tennisplätzen haben. Vor allem die Fort- und Ausbildungskurse in der Sportanlage Rosenau führen dazu, dass die Jugend dort wieder vermehrt spielt.

Die Kollegin, Frau Mag. Mayerhofer, kritisierte die Investitionen im Sportbereich. Das verstehe ich nicht ganz, weil wir hier in die Zukunft, in die Jugend der Stadt Wels investieren. Was gibt es Besseres, als die heranwachsenden jungen Leute auf den Welsner Sportanlagen zu finden? Ich weiß, wie dringend notwendig dieser Neubau ist. Der erste Schritt war der Kauf der Tennishalle vor vier Jahren und ich nehme an, die Planungen sind gut vorbereitet. Im Rahmen des gesamten Sportstätten-erneuerungsprogramms, zu dem sich der Gemeinderat ja bekannte, ist dies ein weiterer Schritt für Wels als Sportstadt.

Was die Schulen betrifft, Frau Mag. Mayerhofer, haben sie ja heute noch Gelegenheit einem Freiheitlichen Antrag zuzustimmen. In Wels wurde in der Vergangenheit sehr viel in den Schulneubau investiert. Aber in den Erneuerungen der Einrichtungen bestehen Defizite, die wir heute mit einem Antrag unterstreichen möchten, damit in dieser Richtung die Schulen etwas besser ausgestattet werden. Alles in allem denke ich, dass das heute ein guter Beschluss für den Sport und für Jugend in Wels sein wird.

Vzbgm. Lehner übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank für die engagierte Diskussion und die sehr positiven Äußerungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass sich eine Fraktion der Stimme enthält, wenngleich die angesprochenen Fragen der Verhältnismäßigkeit leicht beantwortet werden können. Die Verhältnismäßigkeit spricht zu Ungunsten des Sports in unserer Stadt. Ich bin ja einer der Sportlobbyisten, trotzdem gelingt es mir nicht immer alle wichtigen Sportvorhaben mit entsprechenden Mehrheiten auszustatten.

Zu der von Frau Mag. Mayerhofer angesprochenen Landesförderung darf ich sagen, es sind natürlich die Ansuchen beim Land Oberösterreich eingelangt, Ich ersuche alle, die die Möglichkeit haben, diese Ersuchen beim Land Oberösterreich, auch beim neuen Sportreferenten, entsprechend zu unterstützen, nachdem auch das heute nicht angesprochene Kostendämpfungsverfahren in einem von der Landesregierung erhaltenen Brief noch einmal bestätigt und präzisiert wurde.

Ich informierte im letzten Gemeinderat darüber, dass bei Beginn eines Projektes das Kostendämpfungsverfahren von der Stadt durchzuführen ist. Heute wurden wir schriftlich in Kenntnis gesetzt, dass nicht die Stadt verantwortlich ist für das Kostendämpfungsverfahren, sondern namentlich der Herr Baudirektor Dipl.-Ing. Pany. Ich darf sie hiermit davon informieren, dass sie das Kostendämpfungsverfahren durchzuführen und dem Land Oberösterreich entsprechend zu berichten haben.

Das heißt, wir sind gerüstet für dieses Bauvorhaben. Den Entwurf der Vereinsstatuten des Betriebsvereines erhielt ich heute schriftlich. Bei der Gelegenheit möchte ich mich bei den Vorsitzenden der beiden betroffenen Vereine, Dr. Gusenleithner und Mag. Sams, sehr herzlich für die in sehr konstruktiver und zielführender Art geführten Gespräche bedanken. Frau Dr. Gusenleithner ist natürlich bestrebt, dass auch der dritte Partner, die UNION Wels, in irgend einer Form im Betriebsverein untergebracht wird. Das heißt, die Statuten des Betriebsvereines sind auf Schiene und werden nach Bearbeitung im Magistrat dem zuständigen Organ zur Genehmigung vorgelegt. Danke für die vielen positiven Reaktionen zum Thema Sport – da macht Politik wieder Spaß.

Der Antrag (Anlage 2) zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Wieser dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

2.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Gewährung einer Förderung für touristische
Maßnahmen und Projekte
BZ-Pol-90001-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.03.2013:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2013 eine Förderung in Höhe von 150.300,00 Euro für seitens des Förderungsgebers akzeptierte touristische Maßnahmen und Projekte zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2013 zur Auszahlung zu bringen ist.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2013 bis spätestens 01.05.2014 zu erbringen.

GR. Schönberger: Die SPÖ-Fraktion steht natürlich zu den Förderungen des Tourismusverbandes, weil diese Förderungen vor allem das ganze Stadtgebiet betreffen. Für die Zukunft wäre wünschenswert, die Kulturaktivitäten und das Kulturangebot der Stadt Wels besser einzubinden und nicht nur das Welios, um eben die Besucher wegen dieser Aktivitäten anzulocken.

Vzbgm. Lehner: Für den Tourismusverband ist es immer wichtig, dass er vermarktbarere Produkte zusammenpackt in Pakete. Im Frühling ist uns das heuer mit dem Gutscheineheft gelungen. Da bemühen wir uns sehr als Tourismusverband Wels hier auch die Museen mit hineinzunehmen. Das ist ein wichtiger Teil. Entscheidend für uns und den Tourismusverband ist, dass die Produkte so sind, wie der Kunde sie mag und nicht wie wir uns das als Vertreter der Stadt wünschen. Der Tourismusverband leistet hier hervorragende Arbeit, um die Kultur und die zahlreichen Sportstätten und Sportevents mit einzubeziehen. Der Tourismusverband erfüllt seine Aufgaben sehr, sehr gut und daher ist diese Förderung mehr als gerechtfertigt.

Der Antrag (Anlage 3) zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Tourismusverband Wels, Stadtplatz 44;
Gewährung eines Zuschusses für projektbezogene Maßnahmen (Welios)
BZ-Pol-90003-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.03.2013:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2013 eine Förderung in Höhe von 100.000,00 Euro als Zuschuss zu den Kosten für Marketing und Vertrieb des Welios zu Lasten der VASSt. 1.7710.757300.4.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2013 zur Auszahlung zu bringen ist.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2013 bis spätestens 01.05.2014 zu erbringen.

GR. Wiesinger Manfred: Um nicht bei beiden Tagesordnungspunkten zu sprechen, möchte ich kurz noch auf den vorigen Tagesordnungspunkt eingehen. Teilweise stelle ich mir bei den Veranstaltungen des Tourismusverbandes schon die Frage, wie das „Swing-Festival“, „Swing in the City“ und „Musik in the City“, ob das wirklich reine Tourismusveranstaltungen sind? In Wirklichkeit liegt dies im Bereich des Stadtmarketings und Stadtmarketing heißt ja eigentlich: Stadtmarketing & Tourismus GmbH. Also wären alle Maßnahmen die touristisch und stadtmakingmäßig sind, dort am Besten gelagert und das sollte man sich in Zukunft bei Förderungen und Unterstützungen in dieser Richtung überlegen.

Bei diesem Antrag stelle ich mir schon die Frage: „Warum?“ Auch wenn der Tourismusverband das Marketing für das Welios macht. Das Stadtmarketing erhält Geld für das Welios und das Welios bekommt auch Geld für sein Marketing. Es gehört irgendwie gleicher aufgeteilt. Das Welios hat seit Beginn eine Marketingabteilung mit Marketingbeauftragten, die dies ja selber sehr gut durchführen kann. Wir werden diesem Antrag dieses Mal noch zustimmen, aber für das nächste Jahr gehört überlegt, ob das überhaupt noch Sinn macht. Wenn das Welios diese Summe braucht, sollte man diese Summe nicht irgendwie aufteilen oder verschleiern, sondern gleich direkt dem Welios zukommen lassen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Zur Frage des Welios, die Herr GR. Manfred Wiesinger ansprach, möchte ich Folgendes sagen: Es ist meiner Ansicht nach sehr wichtig, dass die Standortmarketingabteilung, also die Marketing und Touristik GmbH, auch die Highlights der Stadt mit vermarktet. Es muss zu einer Bündelung der Kräfte kommen, darum finde ich es sehr gut, dass es bei dieser Subvention zu einer Vernetzung der verschiedenen Marketingabteilungen in diesem Bereich kommt.

Ich denke, wir sind in diesem Bereich sehr gut unterwegs und möchte noch auf die neue Ausstellung „Zeit und Raum“ hinweisen, wo es um die Relativitätstheorie geht. Dies sehe ich als positives Zeichen, wie lebendig das Welios ist. In den letzten Monaten konnten wir einen guten Zuwachs an Besuchern verzeichnen, was natürlich auch mit dem Wetter zusammenhängt. Auf diesem Weg gratuliere ich dem neuen Geschäftsführer des Welios und seiner Mannschaft zu diesem guten Start.

StR. Dr. Rabl: Für mich ist es schon wesentlich, dass die Mittel dort gebündelt werden, wo sie hinkommen und hingehören. Ich kann nicht erkennen, warum Mittel, die für die Bewerbung des Welios ausgegeben werden, plötzlich beim Tourismus sind. Denn wenn, dann gehören sie ins Welios. Das Welios hat einen eigenen Mitarbeiter, der das Marketing des Welios akkordiert. Dieser Zuschuss bezieht sich nicht darauf, die Stadt Wels oder sonstiges in irgendeiner Weise hervorzuheben, sondern auf das Welios selbst.

Was dort schon so gut läuft kann ich nicht erkennen. Das Gegenteil ist aus meiner Sicht der Fall. So gut sind wir dort nicht unterwegs. Einen Monat stiegen die Besucherzahlen, aber die Werbemittel gehören dort konzentriert, wo das Ganze stattfindet. Es kann nicht sein, dass einen Teil des Welios-Marketings das Stadtmarketing, der Tourismusverband, das Welios und die Stadt Wels selbst macht. Das Welios-Marketing sollte man im Welios konzentrieren, denn dafür wurde das Personal aufgenommen, dafür gibt es dort einen eigenen Spezialisten und dort sollte das Geld zukünftig auch landen.

Vzbgm. Lehner: Durch die Bündelung beim Tourismusverband und indirekt auch beim Wels-Marketing entstehen durch zahlreiche Kooperationen hier Werbeimpulse, die sonst nicht möglich wären. Diese 100.000 Euro sollen genutzt werden für werbliche Maßnahmen in den Medien. Hier gibt es zahlreiche Medienkooperationen, damit sind diese 100.000 Euro über den Tourismusverband viel mehr wert, als wenn das Welios jetzt als kleiner „Neukunde“ mit den Medien in Kontakt tritt. Hier entsteht ein dramatischer Mehrwert über die Verrechnung durch den Tourismusverband Wels und vor allem werden auch hier wieder vermarktbarere Produkte geschnürt in der Kooperation touristisch vermarktbarer Produkte. Dabei entsteht das Gemeinsame und dadurch entsteht ein größerer Nutzen, als wenn das Welios allein werben würde. Denn hier wird das Welios als Tourismusattraktion in Wels sehr intensiv beworben und daher diese Abwicklung über den Tourismusverband.

Der Antrag (Anlage 4) zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 407/1.2 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6025-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.03.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 5 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 407/1.2 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 417/1.1 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6021-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.03.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 417/1.1 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 418 – Aufschließungsstraße zu den Neubauten ASZ III Wels Nord und zur Feuerwehrwache Puchberg BZ-BauR-8001-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 25.03.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung betreffend die Aufschließungsstraße zu den Neubauten ASZ III Wels Nord und zur Feuerwehrwache Puchberg beschließen.

GR. Markus Wiesinger: Ich darf in diesem Zusammenhang, weil es bei diesem Tagesordnungspunkt um eine neue Straße geht, an einen aufrechten Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2008 erinnern. Darin wurde beschlossen, bei neuen Straßen zumindest die Hälfte dieser Straßen nach Frauen zu benennen. Ich ersuche sie, Herr Vizebürgermeister, dem Herrn Bürgermeister zu übermitteln, dass mit dieser Straße dieser aufrechte Gemeinderatsbeschluss umzusetzen ist.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Es ist 2008 die Bitte geäußert worden, es gab sogar einen Gemeinderatsbeschluss darüber, dass die Hälfte aller neuen Straßenbauten mit Frauennamen bezeichnet wird. Diese eingeforderte Umsetzung können wir natürlich nur unterstützen und wir ersuchen daher, diese Straße mit einem Frauennamen zu versehen.

Vzbgm. Wimmer: Also, das ist ja selbstverständlich! Das wird ja sowieso laufend so gemacht!

Mag. Günter Lehner: Wir haben noch so viele Möglichkeiten Straßen nach Frauen zu benennen, aber muss es unbedingt gleich eine Straße sein, die zu einem Altstoffsammelzentrum führt?

Der Antrag (Anlage 7) zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Wieser.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

7.)

Errichtung eines neuen Alten- und Pflegeheimes in Wels,
auf Grdst. Nr. 2030/0 KG. Wels;
Grundsatzbeschluss
SO-SenB-176000-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 04.04.2013:

1. Die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes für 72 Bewohnerinnen und Bewohner, eines Servicepflegezentrums und von 17 KFZ-Abstellplätzen auf Grundstück KG. 51242, Grundstücksnummer 2030/0, Wels, inklusive Abbruch des Bau 67 entlang der Hans-Sachs-Straße mit geschätzten Baukosten netto von 10,556.000,00 Euro +/- 15 % wird grundsätzlich beschlossen.
2. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt, für die im Punkt 1. angeführten Leistungen einen Vertrag mit der Gemeinnützigen Landeswohnungsgenossenschaft für Oberösterreich (LAWOG), 4020 Linz, Garnisonstraße 22, als zentrale Beschaffungsstelle abzuschließen.

Mag. Monika Geck, Leiterin der Alten- und Pflegeheime der Stadt Wels, referiert anhand einer Power-Point-Präsentation zur Errichtung des neuen Alten- und Pflegeheimes in Wels.

StR. Huber bedankt sich sehr herzlich bei Frau Mag. Geck für diesen Vortrag und ersucht um Zustimmung zu diesem Grundsatzbeschluss.

GR. Josseck-Herdt: Altenbetreuung könnte man schon fast als ein Hobby von mir bezeichnen, nicht weil ich schon in das Alter gleite, wo dieses Problem schlagend wird, sondern weil sich Familienangehörige schon den 90-er nähern, da wird man mit diesen ganzen Problemen konfrontiert.

Hinter diesem Tagesordnungspunkt verbirgt sich ein kapitaler Brocken, der von uns gestellt werden muss. Das Alten- und Pflegeheim Hans-Sachs-Straße wurde 1967 erbaut und schon 2010 stillgelegt. Dieses soll nun abgerissen werden.

Ein Neubau für 72 Bewohner soll bis 2015 fertig und beziehbar sein und das jetzt noch in Betrieb stehende Leopold-Spitzer-Heim ersetzen. Aber es ist ja nicht das einzige Altenheim, das in Wels gebaut und just im Jahre 2015 eröffnet werden soll. Auch das Heim Noitzmühle soll zufällig im selben Jahr, nämlich im Jahr der Gemeinderatswahl, eröffnet werden. Zufall? Ein Schelm der Böses denkt. Im Sozialausschuss wurde bei einem Lokalaugenschein jedenfalls der suboptimale Zustand des Leopold-Spitzer-Heimes in der Linzer Straße vorgeführt und die erschwerten Pflegebedingungen erklärt.

Dass dann aber doch so schnell ein Beschluss für ein neues Pflegeheim gefasst werden soll, überraschte mich doch sehr. Es verwundert, dass bei einem im Jahre 1979 errichteten Haus ein barrierefreies Badezimmer offensichtlich ein Fremdwort war. Es ist auch nicht ohne weiteres zu verstehen, dass die Bausubstanz, die Fenster, die Leitungen, die Unterböden, so schlecht sein sollen, denn vor 34 Jahren konnte man auch schon qualitativ bauen. Man kann sich dem Eindruck nicht verwehren, dass bei der Einrichtung die notwendige Sorgfalt fehlte. Die FPÖ-Fraktion stimmte im Ausschuss dem Neubau zu und wir bleiben auch dabei. Wir warnen nur vor übereiltem Bauen nur damit die Eröffnung im Wahljahr stattfinden kann.

Für die Pflegebedürftigen, aber natürlich auch für die Pflegerinnen und Pfleger, bedeutet ein neues Heim einen schöneren und angenehmeren Aufenthalt und Arbeitsplatz. Die neue Philosophie des Wohnens in einer Wohngemeinschaft mit einer zentralen Wohnküche bewährt sich ja schon im Pflegeheim Laahen bestens. Tatsache ist allerdings, dass die Betreuung in einem Pflegeheim mit Abstand die teuerste Art der Pflege ist. Es sind neben den hohen finanziellen Investitionen vor allem die Personalkosten, welche die Pflege teuer macht. Das Land schreibt uns den Pflegeschlüssel vor und die Kommunen müssen zahlen. Weiters schreibt uns das Land vor, wer in den Pflegeheimen pflegen darf und wer nicht. Pflegen dürfen Diplomkrankenschwestern, AltenfachbetreuerInnen und HeimhelferInnen. Die in den Krankenhäusern tätigen PflegehelferInnen haben zwar eine fundierte Ausbildung und betreuen dort auch verstärkt ältere Menschen. Sie dürfen aber nicht ohne zusätzliche Ausbildung in den Seniorenheimen arbeiten, obwohl dringend Personal gebraucht wird und ein großes Interesse bei diesen PflegehelferInnen besteht.

Um dies zu ändern hat die FPÖ-Fraktion im Oberösterreichischen Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht, der allerdings von den anderen Parteien abgelehnt wurde. Schade! Aber 80 % der hilfebedürftigen Senioren werden ohnehin zu Hause in der Familie betreut. Die Angehörigen, vor allem Frauen, leisten einen ungeheuren Beitrag für die Gesellschaft. Die Möglichkeiten der Unterstützung für diese Pflegenden sind sicher noch nicht ausgereizt.

Zum Beispiel könnte die mobile Altenbetreuung weiter ausgebaut und die Betreuungszeiten ausgedehnt werden. Die Fachhochschule Linz erstellte eine Studie zur mobilen Altenbetreuung des Magistrates Wels, in der sich ein Großteil der befragten Senioren froh über diese Einrichtung zeigte, weil sie natürlich viel länger in ihren vier Wänden bleiben können. Die Pfleger und Pflegerinnen wurden gelobt wegen ihrer Freundlichkeit und ihrer Kompetenz. Nur die Betreuungszeiten sollten optimiert werden, weil es zum Beispiel sehr schwer ist für Samstag oder Sonntag Hilfe zu bekommen. Wer unter der Woche Hilfe benötigt, braucht sie auch am Wochenende. Denn es ist ja nicht so ohne weiteres möglich, dass Kinder oder Partner pflegen können bzw. überhaupt vorhanden sind. Diese Dienste kommen auf jeden Fall wesentlich billiger als ein Pflegeheimplatz.

Laut Amtsbericht kommen mit dem neuen Pflegeheim natürlich höhere Kosten auf die Stadt zu, denn durch das Einrechnen der Wohnbauförderung werden die Tarife höher ausfallen. Weil aber ein großer Teil der Heimbewohner nicht in der Lage ist, diese hohen Tarife zu bezahlen, wird es natürlich zu einer Erhöhung der Anzahl an Sozialhilfe unterstützten BewohnerInnen geben – das kostet!

Zum Schluss möchte ich noch die Kurzzeitpflegeplätze ansprechen. Im Hause Neustadt gibt es zehn und im Hause Vogelweide-Laahen acht Kurzzeitpflegeplätze. In den neuen Häusern Noitzmühle und Hans-Sachs-Straße sind keine Kurzzeitpflegeplätze vorgesehen und auch in den privaten Heimen gibt es sie nicht.

Ich fände es daher sehr sinnvoll und weitblickend, wenn in einem dieser neuen Häuser Kurzzeitpflegeplätze eingeplant würden, denn schon heute entstehen gerade in der Urlaubszeit Engpässe. Man kann doch nicht annehmen, diese Situation würde sich verbessern, denn das Gegenteil wird der Fall sein. Gerade diese Plätze könnten die Angehörigen für kurze Zeit enorm entlasten. Außerdem sind sie nicht Sozialhilfe unterstützt und müssen dementsprechend voll bezahlt werden. Womöglich kommen wir in ein paar Jahren darauf, wie sinnvoll es gewesen wäre, sie von Anfang an einzuplanen. Dies käme einem Schildbürgerstreich gleich.

GR. Reindl-Schwaighofer: Zuerst möchte ich zu diesem wirklich geschlossenen Angebot in der Altenbetreuung in der Stadt Wels gratulieren. Ich denke, es ist nicht selbstverständlich von der Hauskrankenpflege bis zur Übergangspflege, bis zur Langzeitpflege ein so qualitativ hochwertiges Angebot zu haben. Wir haben uns gemeinsam entschieden in die Stadteile zu gehen und kleinere Einheiten zu bauen. Das ist ein guter Schritt für die Welser Bevölkerung.

Das von Kollegin GR. Josseck-Herdt angesprochene 1979 erbaute Pflegeheim – darüber sind sich Experten einig - ist im Wesentlichen neu zu bauen. In der Zwischenzeit hat sich einiges an den Anforderungen geändert. Die Bewohnerinnen und Bewohner werden älter und pflegebedürftiger, wodurch sich ein Umbau als nicht zielführend erwiesen hätte und ein Neubau einiges an Verbesserungen, z.B. im Bereich der Betriebskosten, bringt.

Ganz nachvollziehen kann ich den Hinweis über die Eröffnung im Wahljahr nicht, denn wenn wir hier heute gemeinsam ein Pflegeheim beschließen, dann ist es die Leistung des Gemeinderates etwas für unsere Seniorinnen und Senioren zu tun und nicht von irgendeiner Fraktion.

Die Frage über die Ausbildung des Pflegepersonals animierte mich zu dieser Wortmeldung. Im Bereich der Ausbildung und Qualifizierung des Pflegepersonals und auch in anderen Bereichen verhält es sich so, dass wir eine starke Ausdifferenzierung nach den Fachgebieten haben. Es gibt mittlerweile bereits Ausbildungen für diplomiertes Gesundheits- und Krankenpersonal mit geriatrischem Schwerpunkt. So lässt sich auch erklären, weshalb eine Pflegehelferin ohne Nachweis der Fachsozialbetreuung „Altenarbeitsausbildung“ in einem Langzeitpflegeheim nicht arbeiten darf. Das hat einfach mit den speziellen Bedürfnissen der zu pflegenden Personen zu tun.

GR. Josseck-Herdt sprach auch ihre persönliche Situation an. Auch ich habe eine 89-jährige Mutter, die ich nicht in einem Pflegeheim wissen möchte, wo das Personal nicht bestmöglich qualifiziert ist und wo nicht bestmögliche Rahmenbedingungen vorherrschen. Wir als Fraktion tragen diesen Beschluss natürlich mit und freuen uns schon auf die Umsetzung.

StR. Huber: Danke, für diese positiven Wortmeldungen. Auch ich kann dem nicht folgen, aus wahltechnischen Gründen das Ziel zu verfolgen 2015 die beiden Alten- und Pflegeheime zu eröffnen. Es wäre schön, wenn beide Häuser 2015 fertig würden, weil dann die 144 Bewohnerinnen und Bewohner vom Haus Leopold-Spitzer in die beiden Häuser übersiedeln könnten. Ob wir diesen Zeitplan einhalten, liegt nicht ganz in meiner Hand, sondern mit diesem Grundsatzbeschluss wandert auch die Zuständigkeit in den Bereich des Baudirektors und des Baureferenten. Wenn sich der Baureferent Dr. Rabl dieser Sache annimmt, werden wir voraussichtlich im Jahre 2015 beide Häuser eröffnen können.

Zum Thema m

obile Dienste glaube ich, es braucht einfach die mobile und die stationäre Betreuung. Es ist so, dass wir im stationären Bereich immer höhere Pflegestufen haben. Was die Kurzzeitpflegeplätze betrifft, so sind uns 18 Plätze vorgeschrieben. Engpässe gibt es nur in der Urlaubszeit, wo man dann flexibel durch freie Einbettzimmer darauf reagieren kann. Im Sinne unserer älteren Bevölkerung bitte ich jetzt um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 8) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Dr. Wieser dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Vzbgm. Wimmer.

8.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels mit dem die Richtlinien für die finanzielle Unterstützung von auswärts studierenden Welserinnen und Welsern neu erlassen werden
SF-J-104-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 04.04.2013, der Gemeinderat möge die beigefügten Richtlinien betreffend finanzieller Unterstützung von auswärts studierenden WelserInnen beschließen.

GR. Ganzert: Die Stadt ist selbst Bildungsstadt, Bildungshochburg und beherbergt mit der Fachschule sogar eine eigene Hochschule. Die Stadt Wels beherbergt mehr als 1.300 Welser und Welserinnen, die in ganz Österreich studieren, davon ein Drittel in Wien, wie wir dem vorliegenden Amtsbericht entnehmen können. Ich bin froh, dass mit dem heutigen Beschluss, dem Vorschlag des Sozialausschusses und der Frau Stadträtin endlich die Diskriminierung von Welser Studentinnen und Studenten endet. Denn bisher wurden Welser Studentinnen und Studenten mit nicht gemeldetem Wiener oder Grazer Hauptwohnsitz mit einem Art Strafbetrag in der Höhe der Hälfte des

Semestertickets der regionalen öffentlichen Verkehrsbetriebe, benachteiligt. Dies wird hiermit abgeschafft.

Ich möchte gar nicht so sehr auf die dadurch erzielten Riesengewinne der Stadt eingehen, sondern mir sind die Studenten hier viel näher und jeder weiß, wie teuer und schwierig es werden kann auswärts zu studieren. Da sind Fahrtkosten, da sind Kosten für Bücher und unterm Studium anfallende Kosten, Unterbringung am Studienort usw. Da ist jeder Euro für die Studierenden wichtig und ich glaube, die Frau Stadträtin wird alle Welser Studentinnen und Studenten sowie alle betroffenen Stellen darüber informieren, dass auch jeder zu seinem Recht kommt.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Auch wir stimmen diesem Antrag zu, denn uns erscheint es auch sehr wichtig, die jungen Menschen in unserer Stadt mit Hauptwohnsitz zu halten und natürlich sind uns die Bundesertragsanteile wichtig. Ich wies aber in der Ausschusssitzung darauf hin, dass es sinnvoll wäre nach drei Jahren zu evaluieren, ob diese Förderung wirklich das bringt, was wir uns davon erhoffen. Denn neben möglichen Bundesertragsanteilen ist der durch die Förderungen entstandene Verwaltungs- und Betreuungsaufwand zu berücksichtigen. Diese Kosten für die Verwaltung sollten berechnet und verglichen werden mit den Einnahmen, die dafür für die Stadt hereinkommen.

GR. Haböck: Es freut mich, dass in der für politische Verhältnisse unheimlich raschen Zeit von nur sieben Monaten – wir von der ÖVP-Fraktion stellten diesen Antrag am 24.09.2012 – diese Richtlinie so rasch umgesetzt werden konnte. Danke an die politischen Verantwortlichen, an die zuständigen Mitarbeiter im Hause Magistrat, wodurch diese Richtlinie so rasch zur Beschlussfassung gelangte.

Uns als ÖVP-Fraktion ist einerseits der wirtschaftliche Aspekt, die Bundesertragsanteile pro Hauptwohnsitzeinwohner von derzeit jährlich 1.100 Euro bei rund 1.300 Studenten von Bedeutung. Wels – die Bildungsstadt. - Ich glaube, die Stadt muss vieles daran setzen, dass die jungen, gut ausgebildeten Welserinnen und Welser, die für ihr Studium in größere Städte wie Wien gehen, ihre Verbundenheit für die Stadt Wels behalten und auch hier einmal leben und arbeiten wollen.

StR. Huber: Ich danke für diese positiven Wortmeldungen. Die Evaluierung nach drei Jahren finde ich richtig und wir werden uns das auch anschauen. Das Erfreuliche daran ist, dass diese Richtlinie auch noch für das bereits begonnene Sommersemester gilt. Zur Bindung der Studenten mit der Stadt führte ich heute ein Gespräch mit den Verantwortlichen des Klinikums Wels-Grieskirchen darüber, wie wir die zukünftigen Medizinstudenten, Ärzte im Klinikum Wels-Grieskirchen halten können. Dazu wird es sicher noch einige Überlegungen in diesem Bereich geben.

Der Antrag (Anlage 9) zu Punkt 8. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

9.)

Freiwillige Feuerwehr der Stadt Wels;
Tätigkeitsbericht 2012
SB-FW-9-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 18.03.2013:

1. Der als Anlage 10 beigefügte Jahresbericht 2012 über die Tätigkeit der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels wird für ihre Leistungen im Jahre 2012 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

StR. Kroiß geht wegen der Gleichartigkeit der Materie in seiner Berichterstattung gleich auf alle drei Berichte der Welser Feuerwehren ein.

GR. Wartinger: Auch wir von der ÖVP-Fraktion möchten uns dem Dank anschließen und dir lieber Ing. Franz Humer, den Dank aussprechen, auch an deine Kollegen und Kolleginnen für die Freiwilligkeit. Es sind ja nicht nur die Brände, die gelöscht werden, welche die Arbeit der Feuerwehren ausmacht, sondern auch im Sommer die Entfernung der Wespennester, wo teilweise Gefahr im Verzug ist. Tiere, die auf Bäume klettern und nicht mehr herunterkommen, müssen gerettet oder bei schönem Wetter die Schwimmbecken gefüllt werden.

Besondere Leistung wird in der Nachwuchsarbeit erbracht. Die Feuerwehr lädt viele Schulklassen zu einem Besuch der Hauptfeuerwache ein. Sie haben die Möglichkeit mit der Drehleiter nach oben zu fahren oder im Keller der Feuerwache sich auszutoben. Auch bei den Ferienprogrammen können Kinder in das Leben eines Feuerwehrmannes blicken bzw. in den Alltag hineinschnuppern oder mit dem Feuerwehrboot die Traun erforschen.

Außerdem freut es mich, dass bei der Vollversammlung auch Firmen geehrt werden, denn es ist nicht selbstverständlich, dass ein Firmenchef seinen Mitarbeitern bei Einsätzen frei gibt.

GR. Mag. Humer: Ich darf auch dir, lieber geschätzter Franz Humer, deinem Team und jeder einzelnen Feuerwehrfrau und jedem einzelnen Feuerwehrmann den Dank der sozialdemokratischen Fraktion hier im Gemeinderat aussprechen. Ich denke mir, die Feuerwehrleute sind die Ersten, die zu Bränden bzw. zu technischen Hilfeleistungen gerufen werden und Krisenintervention betreiben. Da bedarf es auch eines psychologischen Gespürs, denn dort sind traumatisierte Menschen.

Wir waren heuer in den Semesterferien in Mittersill Ski fahren, wo es ein sehr tragisches Unglück gab. Eine holländische Familie kollidierte mit der Pinzgauerbahn. Das eine war diese technische Leistung, dieses Fahrzeug rasch aufzubrechen und das andere war die Erstbetreuung dieser traumatisierten Familie. Die Holländerin verstarb leider noch vor Ort, der Vater und das Kind wurden in die umliegenden Spitäler gebracht.

Wie man einen Brand bekämpft oder ein Auto aufbricht, kann man technisch lernen, aber beim Umgang mit Menschen in besonderen Lebenssituationen braucht es ein besonderes Gespür. Neben dem technischen Können ist auch diese menschliche Seite mit traumatisierten Menschen umzugehen besonders hervorzuheben. Das machen unsere Feuerwehrkameraden in hervorragender Weise – herzlichen Dank dafür.

GR. Prof. Mag. Teubl: Im Namen der GRÜNEN-Fraktion möchte ich den Feuerwehren in unserer Stadt unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen und hoffe, dass sie uns im Falle eines Falles auch zukünftig so verlässlich zur Verfügung stehen.

StR. Kroiß: Ich darf mich den wohlwollenden Worten der Fraktionen als Feuerwehrreferent anschließen. Das zeigt, dass hier wirklich alle Fraktionen hinter den Feuerwehren stehen und deren Arbeit schätzen.

Vzbgm. Wimmer: Ich darf mich als Vorsitzender auch sehr herzlich bei der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels, bei der Betriebsfeuerwehr Fritsch und natürlich auch bei der Betriebsfeuerwehr AVE für deren Tätigkeit herzlich bedanken und ersuche dich, lieber Franz Humer, den Dank des gesamten Gemeinderates an unsere Feuerwehrleute weiterzugeben.

Der Antrag (Anlage 10) zu Punkt 9. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

10.)

Betriebsfeuerwehr Fritsch, Wels, Maria-Theresia-Straße 41;
Tätigkeitsbericht 2012
SB-FW-10-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 18.03.2013:

1. Der als Anlage 11 beigefügte Jahresbericht 2012 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr Fritsch wird für ihre Leistungen im Jahre 2012 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

11.)

Betriebsfeuerwehr AVE, Wels, Mitterhoferstraße 100;
Tätigkeitsbericht 2012
SB-FW-11-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 18.03.2013:

1. Der als Anlage 12 beigefügte Jahresbericht 2012 über die Tätigkeit der Betriebsfeuerwehr AVE wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der Betriebsfeuerwehr AVE wird für ihre Leistungen im Jahre 2012 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

12.)

Private Kinderbetreuungseinrichtungen;
Abschluss von Subventionsvereinbarungen betreffend
Abgangsdeckung
KI-KiV-204-2013

Der Antrag(Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 02.04.2013:

Der Abschluss der Subventionsvereinbarungen mit den einzelnen Subventionsnehmern wird gemäß dem beigeschlossenen Vereinbarungsentwurf genehmigt.

Einstimmig angenommen.

13.)

Caritas-Kindergarten der Stadtpfarre Wels, Fabrikstraße 6-8;
Erneuerung der Kücheneinrichtung und Einbau einer Lüftungsanlage;
Gewährung einer Förderung
KI-KiV-204-2013

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 19.03.2013:

Für die Erneuerung der Kücheneinrichtung und den Einbau einer Lüftungsanlage in der Kinderbetreuungseinrichtung in Wels, Fabrikstraße 6-8, wird der Stadtpfarre Wels eine einmalige Förderung in Höhe von € 57.400,-- gewährt

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung der Subvention ist durch Vorlage saldierter Rechnungen bis Dezember 2013 zu erbringen.

Entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum Voranschlag wird die Subvention jeweils in zwei gleichen Teilbeträgen ausbezahlt, wobei die 1. Rate nach positiver Beschlussfassung durch den Gemeinderat und genehmigtem Kreditantrag erfolgt, die 2. Rate ab 01.08.2013 ausbezahlt wird.

Einstimmig angenommen.

14.)

Kindergarten und Krabbelstube Vogelweide-Nord (Laahen), Wels, Oberfeldstraße 62;
Abschluss einer Vereinbarung mit der Welser Heimstättengenossenschaft reg.Gen.m.b.H. über die Bestandsnahme durch die Stadt Wels
KI-KiV-505-2013

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 19.03.2013:

Der beigeschlossene Bestandsvertrag betreffend Einräumung des Bestandsrechtes für den Kindergarten Laahen, Wels, Oberfeldstraße 62, zwischen der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wels, Laahener Straße 21 a, und der Stadt Wels wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

15.)

Volksschulen 8 und 9 – Vogelweide;
Generalsanierung des Daches;
Grundsatzbeschluss
SF-Schu-122-2013

Der Antrag (Anlage 16) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 02.04.2013:

Die Generalsanierung des Daches der Volksschulen Vogelweide mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 421.300 Euro exkl. MWSt. – Kostengenauigkeit

+/- 10 % – durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Karl Schönberger

16.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Produkte für Handels- und Dienstleistungsbetriebe der Stadtteile;
Auftrag an den Wirtschaftsreferenten
DI-Verf-123-2013

GR. Schönberger: Beim TOP 16. geht es inhaltlich darum, dass der Gemeinderat beschließen möge, dass der Wirtschaftsreferent als Vorsitzender der Stadtmarketing und Tourismus GmbH einen Auftrag erteilt, auch für Stadtteile Produkte entwickeln zu lassen. Was ist der Hintergrund dieses Antrages?

Sie wissen genau, wir haben in den letzten Wochen und Monaten die Diskussion geführt zwischen Einkaufszentrum auf der einen Seite und Innenstadt auf der anderen Seite und hier massive Förderungen speziell für die Innenstadtkaufleute beschlossen. Aber was ist denn mit den vielen Dienstleistern, mit den vielen Handelsbetrieben, die in der Mitte leben? Können sie mir eine Antwort darauf geben warum es in der Dragonerstraße, Salzburgerstraße, Grieskirchnerstraße, Eferdingerstraße einfacher ist Geschäfte zu machen? In erster Linie haben wir ein Stadtzentrumsmarketing, das mit ungefähr 900.000 Euro in nächster Zeit diese Innenstadt bespielen wird.

Als Politiker müssen wir letztendlich auch darüber nachdenken, wie wir die peripher angesiedelten Klein- und Handelsbetriebe mit sehr vielen Arbeitsplätzen unterstützen. Diese kämpfen ebenfalls mit der Wirtschaftskrise und diese bekommen mehr oder minder die Kunden nicht vor die Tür frei Haus geliefert, wie wir das in der Innenstadt haben. Auch wenn das Argument kommen sollte, „Einkaufen mitten in Wels“, dann frage ich sie, wenn sie mitten in Wels einkaufen gehen, ob sie am Grünbachplatz in der Neustadt abbremsen oder auf Höhe Dragonerstraße oder irgendwo in der Salzburger Straße stehen bleiben würden?

Darum möchte ich wirklich haben, dass hier schnell darüber nachgedacht wird, wie wir auch dort punktuell etwas tun können, und zwar so wie es in der Innenstadt eine Selbstverständlichkeit darstellt, nämlich mit Null Beteiligung der Kaufmannschaft, was finanzielle Beiträge als solches betrifft. Wenn man sich das Budget des Stadtmarketings ansieht wurden Kooperationsvereinbarungen bisher dotiert mit 10.000 Euro, die allerdings nur dann ausgelöst werden konnten, wenn die dementsprechenden Betriebe auch wiederum dieses Geld in die Hand nehmen. Entschuldigung, 20.000 Euro waren es im letzten Budget, im jetzigen Budget sind sie auf 10.000 Euro reduziert worden, weil

diese 20.000 Euro nicht abgeholt worden sind. Warum sind diese nicht abgehoben worden? Weil einfach diese Kleinbetriebe nicht das notwendige Kapital haben um auch 10.000 oder 20.000 Euro aufzubringen für etwas, was in der Innenstadt selbstverständlich stattfindet und 100 % kostenlos ist. Im Sinne der Gleichstellung ist es unser Auftrag als Politik hier wirklich zu handeln. Normalerweise hätte dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag eingebracht werden müssen, denn eines ist klar: Wenn heute das Stadtmarketing, das ja einen sehr bezeichnenden Namen hat, nämlich Stadtmarketing und nicht Innenstadtmarketing, sich um Produkte kümmert und diese ausarbeitet, muss es auch irgendwo zu einer budgetären Bedeckung kommen. Wenn wir erst nächstes Jahr darüber nachdenken, dann haben wir es übernächstes Jahr im Budget. Das ist für den einen oder anderen Betrieb zu spät und darum bitte ich sie, diesen Antrag zu unterstützen.

GR. KR. Baumgartner: Wenn ich diesen Antrag richtig interpretiert habe, geht es darum, dass man für die Stadtteilbetriebe mehr Geld aus dem Budget des Stadtmarketings bekommt. Für mich als ehemaliger Neustadt-Unternehmer ist das eine „never ending story“. Anfang der 90iger Jahre ist das Stadtmarketing in Wels gegründet worden. Damals schon war eigentlich immer nur von der Innenstadt die Rede. Ich kann mich noch gut an eine Diskussion im ehemaligen Hotel Rosenberger erinnern, als ein gewisser Herr Hannes Naderhin – Gott hab´ ihn seelig“ – meinte, die Neustadt, ich spreche in erster Linie von der Neustadt, dann dort hatte ich mein Geschäft, ist „zum Sterben verurteilt“ und der damalige Wirtschaftsreferent Martin Stieger hat dies so im Raum stehen lassen.

Für mich war es klar zu sagen, das ist ein Zeichen „Hilf dir selbst – so hilft dir Gott“, weil die Gedanken der Stadtverantwortlichen drehen sich tatsächlich nur um die Innenstadt. Ich habe mich also damals verstärkt in die Neustädter Kaufmannschaft eingebracht und in Zusammenarbeit mit fünf bis acht Kaufleuten, Kollegen, haben wir Pläne für die Attraktivierung der Neustadt geschmiedet, etwa die Verbreiterung der Gehsteige, neue Pflasterungen, Pergolas sowie für die Erhöhung der Sicherheit der Menschen und zur Entkräftung bzw. Einschränkung der Raser zwei Kreisverkehre.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch an das Neustadtfest anlässlich der 100-Jahr-Feier erinnern. Das war ein fulminanter Erfolg der Neustädter Kaufmannschaft, insbesondere vom damaligen Obmann Wolfgang Iglsböck. Die Aktivitäten haben sich vielleicht in letzter Zeit etwas reduziert, auch vielleicht deshalb, weil die finanzielle Ausstattung der Kaufleute in den Stadtteilen nicht gegeben ist.

Karl Schönberger sagte, die Stadtteil-Kaufleute müssen selbst einen Betrag aufbringen, um vom Stadtmarketing ebenfalls einen Beitrag zu bekommen. Da muss auch immer wieder quasi darum gebettelt werden. Unter diesem Gesichtspunkt stimme ich dem Antrag der SPÖ zu. Ich rege daher an, dass der Wirtschaftstadtrat ein Konzept im Sinne des Antrages erstellt. Ich erwarte mir allerdings auch vom Antragsteller Karl Schönberger, dass er fundierte Vorschläge bringt, um die Situation für die Betriebe außerhalb der sog. „Innenstadt“ zu verbessern. Die zwei Herren mögen ihre Konzepte im Wirtschaftsausschuss vorlegen, damit wir umfassend darüber diskutieren können.

GR. Mag. Günter Lehner: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Aufgrund der Dringlichkeit und aufgrund der Nichtmöglichkeit hier diesen interessanten Antrag

ausgiebig im Gemeinderat diskutieren zu können, stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, diesen Initiativantrag dem zuständigen Wirtschaftsausschuss zur Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Günter Lehner auf Zuweisung ggst. Initiativantrages (Anlage 17) an den zuständigen Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses zur weiteren Beratung wird bei

gegen 22 Ja-Stimmen (FPÖ, ÖVP, GRÜNE)
12 Nein-Stimmen (SPÖ)

angenommen.

Berichterstatterin Gemeinderätin Augustine Hacker

17.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Aufhebung des Konkurrenzverbotes in Art. 78d Abs. 2 B-VG
für die Einrichtung von Gemeindewachen;
Resolution an die Bundesregierung und den Oö. Landtag
DI-Verf-124-2013

GR. Hacker: Wie sie der vorliegenden Resolution entnehmen können, handelt es sich um die Änderung des im Bundes-Verfassungsgesetz, im Sicherheitspolizeigesetz und im Fremdenpolizeigesetz 2005 verankerten Artikel I Zi.5, Artikel 78d Abs. 2, welcher wie folgt lautet: „In einer Gemeinde, in der die Landespolizeidirektion zugleich Sicherheitspolizeibehörde I. Instanz ist, darf von einer anderen Gebietskörperschaft ein Wachkörper nicht errichtet werden.“

Ich erlaube mir festzuhalten, dass die Beibehaltung des dadurch entstandenen Konkurrenzverbotes in der jetzigen Zeit nicht mehr argumentierbar ist. Das Konkurrenzverbot soll entfallen. D.h. hier die gesetzliche Grundlage zu schaffen, um für die Zukunft handlungsfähig zu sein. Es handelt sich hier nicht um die Neuerrichtung eines Wachkörpers. Lediglich zukunftsorientiertes Handeln und Denken, meine Damen und Herren! Der Wandel der Zeit zeigt uns, dass wir eine Ordnungswache brauchen, der ich an dieser Stelle zugleich mit der Polizei großes Lob ausspreche. Hier wird gute Arbeit geleistet.

Keiner von uns kann zum heutigen Zeitpunkt sagen, wie sich die Stadt entwickelt bzw. wie hoch oder flexibel das Maß an Sicherheit zukünftig sein muss. Weiters ist noch zu sagen, dass hier keine Dispute aus der Vergangenheit entflammt werden sollen. Es muss inhaltlich sachlich bleiben. Kein wer hat wann was gesagt, getan oder auch nicht. Geschlossenheit steht für die Zukunft unserer Stadt bzw. der Bürger. Darum ist die oberste Prämisse für alle Verantwortlichen, damit meine ich jeden einzelnen hier im

Saal, Entscheidungen für das Wohlergehen der Welser Bürger zu treffen. Meine Damen und Herren, ich ersuche daher um positive Zustimmung.

StR. Kroiß: Dieser Antrag der Welser ÖVP zeigt wieder einmal von der Unentschlossenheit der ÖVP. Dieser Antrag wurde bereits im Jänner 2013 im OÖ Landtag von der FPÖ eingebracht, weil auch die FPÖ der Meinung ist, dass dieses Konkurrenzverbot heute nicht mehr zeitgemäß ist. Es gibt ein Schreiben des Clubobmanns der ÖVP an die Frau Innenministerin mit dem Ersuchen um eine Neuregelung. D.h. sowohl FPÖ als auch ÖVP sind auf Landesebene dafür, dass man dieses Konkurrenzverbot aufhebt. Wer jetzt nun glaubt, dass die ÖVP diesen Antrag an den Landtag behandelt, obwohl sie dafür ist, irrt sich gewaltig. Dieser Antrag wurde im Verfassungsausschuss des Landes zweimal vertagt, warum weiß man eigentlich nicht. D.h. hier blockiert die ÖVP ihren eigenen Wunsch.

Warum jetzt die Welser ÖVP wieder eine Resolution beschließen will, wieder an das Land und wieder an den Bund, weiß ich nicht, weil die Diskussion bereits auf Landesebene begonnen hat. Sie ist dort angekommen und könnte auch schon lange auf Landesebene beendet werden, damit sie in der Bundesregierung beschlossen wird. Wir werden aber diesem Antrag trotzdem zustimmen. Vielleicht geht es dann im Land etwas rascher weiter und ich bin auch schon gespannt, wie die Landes-ÖVP darauf reagiert, wenn hier von der Stadt-ÖVP diese Resolution eintrifft.

Ich möchte auch sagen, dass wir uns dezitiert gegen einen zweiten bewaffneten Wachkörper in Wels aussprechen. Wir sind nach einem Modell des Steiermärkischen Organaufsichtsgesetzes eingerichtet, womit die Ordnungswache gewisse Kompetenzen erhält. Vergessen dürfen wir auch nicht die Berücksichtigung der Kosten im Finanzausgleich oder dass wir vom Land OÖ eine Unterstützung erhalten. Es kann nicht sein, dass das Land immer mehr Landesgesetze beschließt, den Ordnungswachen immer mehr Aufgaben überträgt, aber wenn es um das Zahlen geht, das Land sich weigert mitzuzahlen, wie sie es uns im letzten Schreiben mitgeteilt hat. Wer anschafft soll zumindest auch mitzahlen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Herr StR. Kroiß, jetzt hast du zur absoluten Verwirrung alles beigetragen, was man beitragen kann. Ich kann jetzt nicht nachvollziehen, warum die FPÖ-Fraktion nach deiner Wortmeldung, nachdem ihr dezitiert gegen einen zweiten bewaffneten Wachkörper in der Stadt seid, dieser Resolution zustimmt. Für mich wäre der umgekehrte Schluss richtig, dass nämlich die Argumentation, die vor Jahren dazu führte, dass die Polizei und die Gendarmerie fusioniert wurden, nämlich dass es nur einen bewaffneten Wachkörper geben soll, natürlich auch für die Statutarstädte gilt. Das ist für mich eine Geschichte, die noch immer wirksam ist, weil Parallelkräfte immer ein eigenes System der Koordinierung, ein eigenes System der Zusammenarbeit braucht und ich kann mir nicht vorstellen, dass die hier anwesenden Polizisten viel Freude haben, wenn sie sich mit zusätzlichen Einheiten koordinieren müssen.

Es gibt für mich aber noch einen zweiten Punkt – dieser ist sehr schlagend. Wir haben im Gemeinderat schon gemeinsam Resolutionen beschlossen, wo es darum ging, dass wir uns stark dagegen verwehren, dass übergeordnete Bereiche durch Beschlüsse Kosten bei uns in der Stadt Wels verursachen. Es gibt im Wesentlichen nur eine gemeinsame Forderung, die meiner Ansicht nach von uns gemeinsam vorgetragen

werden sollte und muss. Das ist die Aufstockung der Polizei in der Stadt Wels. Wir wissen ganz genau, dass man uns seit dem Jahr 2000 einige Polizisten vorenthält. Man weiß, wenn man mit Polizisten redet, dass in Wirklichkeit viele der Vorwürfe, die in der Stadt laut werden – man sieht keine Polizisten, es gibt keine Fußstreifen usw. – einfach damit zusammenhängen, dass Polizisten in Urlaub sind, krank sind, zugeordnet sind in andere Dienststellen und dass es gar nicht möglich ist, die für die Stadt notwendigen Patrouillen, die das subjektive Sicherheitsgefühl aufrecht erhalten sollen, überhaupt durchzuführen. Das ist kein Geheimnis, man braucht nur mit verschiedenen Menschen reden.

Also es kann nicht sein, dass wir uns jetzt selber Kosten anziehen, indem wir einen Beschluss herbeiführen, der uns erlaubt, dass wir einen eigenen bewaffneten Wachkörper in der Stadt einrichten und auf der anderen Seite wir das Geld ausgeben dürfen und das Innenministerium weiterhin auf Kosten der Gemeinden, nicht nur der von Wels sondern auch der anderen Städte, spart. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

GR. Dr. Csar: Die FPÖ – StR. Kroiß sagte „Unentschlossenheit der ÖVP“ – ich verstehe dich nicht! Ich glaube du hast größere Erinnerungslücken – ist aber bei der FPÖ schon einige Male vorgekommen! Darf ich Erinnerung rufen - März 2012: Ein Antrag der ÖVP im Gemeinderat der Stadt Wels auf Aufhebung des Konkurrenzverbotes. Wir sind leider Gottes alleine geblieben – SPÖ, FPÖ und GRÜNE haben es abgelehnt.

Im Landtag ist dieser Antrag ebenfalls behandelt worden. Der Antrag lautete auf Aufhebung des Konkurrenzverbotes; dieser wurde dem zuständigen Ausschuss zugewiesen. Dort wird es bereits in einer dritten Ausschusssrunde diskutiert – warum ist das so? Es ist kein Geheimnis, es stand bereits in den Medien – die SPÖ hat damit Bedenken und es wird immer wieder von der SPÖ ins Gespräch gebracht – die FPÖ-Fraktion der Stadtgemeinde Wels war gegen den seinerzeitigen Antrag der ÖVP.

Wir haben nun diesen Antrag aus dem Jahr 2012 in Erinnerung gerufen und wenn ein Umdenken stattfindet, sind wir sehr froh.

Nun zum Antrag selbst: Frau Kollegin Hacker hat diesen vorgebracht mit einem ganz wesentlichen Punkt. Es geht nicht um die Einführung eines Wachkörpers. Wir möchten die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass wir jetzt auch die Möglichkeit haben in Wels darüber zu diskutieren. In erster Linie ist für die Sicherheitsaufgaben die Polizei zuständig. Wir müssen der Polizei dafür dankbar sein, welche Aufgaben sie wahrnimmt. Aber wir sehen auch, dass eine Unterstützung der Polizei notwendig ist. Daher wollen wir die Möglichkeit schaffen, mittels Wachkörper die Polizei zu unterstützen.

Die bisher eingeführte Ordnungswache in Wels ist ein Hilfsmittel, welches nicht für Sicherheitsagenden zuständig ist. Ein Hilfsmittel, das verschiedene Aufgaben wahrnehmen kann, auch teilweise zur Unterstützung der Polizei. Aber sobald Sicherheitsagenden in Frage kommen, muss die Ordnungswache auf das Einschreiten der Polizei warten. Dies ist natürlich immer umständlich, schwierig und zeitintensiv. Gerade für die Welsener Bevölkerung brauchen wir einen unmittelbaren Schutz, eine unmittelbare Hilfe und wir glauben, dass dies ein Wachkörper tun kann. Ein Wachkörper – nicht was Neues – ein Wachkörper, den es bereits in anderen oberösterreichischen Städten gibt. Denken wir z.B. an Bad Ischl. Dort gibt es einen Wachkörper, der gute Ergebnisse erzielt, gute Erfahrungen macht.

Denken wir an Baden bei Wien. Diese hat die Wachkörper bereits sehr viele Jahre mit besten Erfahrungen, mit großer Akzeptanz der Bevölkerung, mit guter Zusammenarbeit der Polizei.

Es fand bereits in Wels eine Diskussionsveranstaltung statt, die aufzeigte, welche guten Erfahrungen mittels Wachkörper in Baden bei Wien möglich sind. Daher brachten wir den Antrag auf Aufhebung des Konkurrenzverbotes ein. Das Konkurrenzverbot geht zurück auf das Jahr 1929. Damals wurde aus politischen Überlegungen das Konkurrenzverbot eingeführt. Es hieß, dort wo eine Polizeidirektion eingerichtet ist, in der Regel bei Statutarstädten, darf kein eigener Wachkörper eingerichtet werden. Damals waren es politische Spiele, politische Notwendigkeiten. Diese Notwendigkeiten sind jetzt Gott sei Dank nicht mehr gegeben, daher ist dieses damalige Verbot nicht mehr zeitgemäß und kann aufgehoben werden. Dafür möchten wir eine Initiative setzen. Insbesondere darin, dass die Bundesregierung die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen dafür ändert bzw. einführt, damit es die Möglichkeit gibt, die Wachkörpereinführung auch in Statutarstädten diskutieren zu können.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank Herr Dr. Csar! Der Vergleich einer Statutarstadt mit nicht Statutarstädten hinkt natürlich ein bisschen. Ich glaube auch nicht, dass die Bundesregierung das ändern kann, sondern der Bundesverfassungsgesetzgeber müsste hier befasst werden. Dies sage ich als Nichtjurist.

GR. Dr. Csar: Aber Herr Vorsitzender! Die Resolution kam in die Bundesregierung und die Bundesregierung wird die Grundlagen dieser Vorschrift vorbereiten und einbringen. Es ist ja nicht die erste Resolution, die wir in die Bundesregierung bringen. Es wäre schön, wenn wir eine möglichst breite Mehrheit haben.

GR. Mag. Teubl: Wenn es nicht so eine ernste Angelegenheit wäre, wäre es ja fast schon lustig. StR. Kroiß sagte, die FPÖ will natürlich keinen zweiten bewaffneten Wachkörper und weil wir keinen zweiten bewaffneten Wachkörper haben wollen, stimmen wir dafür. Logik aller FPÖ.

LAbg. Dr. Csar sagte, wir wollen keinen zweiten bewaffneten Wachkörper, wir wollen nur wollen dürfen. Logik aller ÖVP.

Ich kann dazu nur sagen: Wir wollen keinen zweiten bewaffneten Wachkörper und deshalb stimmen wir dagegen. Logik aller GRÜNEN.

Wir wollen nicht nur keinen zweiten bewaffneten Wachkörper, wir wollen auch keinen unbewaffneten Wachkörper. Wie sie wissen, haben wir uns auch gegen die Ordnungswache ausgesprochen, weil wir finden, dass nur die Bundespolizeidirektion für Sicherheit und Ordnung in Wels zuständig ist und zuständig sein soll. Deshalb werden wir gegen diesen Antrag stimmen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Aus Gründen der allgemeinen Gleichbehandlung der Kommunen und Städten ist natürlich ein Konkurrenzverbot in dieser Hinsicht absolut überfällig. Kollege Dr. Csar hat uns Wandlungsfähigkeit vorgeworfen. Diese Wandlungsfähigkeit hat er selbst mit Hochgeschwindigkeit betrieben. Es ist vielleicht nicht unbedingt

interessant hier historische Abläufe aufzuzeigen. Ich darf jedoch in Erinnerung rufen, dass uns wir als Freiheitliche Fraktion bereits vor langer Zeit und wiederholt dafür aussprachen, hier im Gemeinderat eine Resolution an die Landesregierung zu richten mit dem Inhalt, die Landesregierung möge ein Organbefugnisgesetz beschließen. So wie in der Steiermark, damit die eingerichteten Ordnungswachen mehr Befugnisse erhalten. In der Steiermark, in Graz, hat die Ordnungswache die Möglichkeit Mandate auszustellen, die Personen zu bestrafen, anzuhalten usw.

Dies wäre auch in Wels äußerst sinnhaft. Es gibt z.B. Personen, die vormittags durch die Fußgängerzone mit dem Rad fahren, dem ihnen bekannten Ordnungsorgan freundlich deuten, so in dem Sinne „du kannst mir den Buckel hinunter rutschen, das Verbot des Radfahrens in der Fußgängerzone interessiert mich nicht“. So etwas gibt es natürlich in Graz nicht. Deswegen, Herr Dr. Csar, haben wir im Gemeinderat beschlossen ein ähnliches Gesetz in Oberösterreich beschließen zu lassen. Wenn sie mir jetzt erklären, warum sie diesem Antrag nicht zugestimmt haben, aber später dann die Verfassung ändern wollen, dann wäre ich ihnen dankbar, dann wäre ihre Berichterstattung zumindest vollständig gewesen und nicht nur so halbherzig.

Herr Kollege Mag. Teubl, ich weiß, es soll auch Parteien in Österreich geben, die mit einem bewaffneten Wachkörper keine Freude haben. Aber es geht um ein wichtiges Thema, das wir hier in Wels haben. Heute steht noch einen Dringlichkeitsantrag auf der Tagesordnung, aus dem man sieht, wie wichtig unsere Ordnungswache ist, wenn man den Bahnhofvorplatz und die dortigen Vorkommnisse anschaut. Die Menschen selbst empfinden Sicherheit in Wels als kommunalpolitische Aufgabe und Problematik. Deswegen formulierte Kollege Kroiß die Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Reindl-Schwaighofer: Nachdem ich sehe, dass in den Fraktionen so große Einigkeit herrscht, wünsche ich mir nach der Geschäftsordnung des Gemeinderates eine geheime Abstimmung. Ich stelle daher gemäß § 30 GOGR den Antrag auf geheime Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 17.

Vzbgm. Wimmer: Ich wurde gerade von Herrn Dr. Kitzmantel informiert, dass ein Drittel der Anwesenden diesen Antrag unterstützen muss. Über den Geschäftsordnungsantrag ist sofort abzustimmen. Wer dem Antrag auf geheime Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 17 beitrifft, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer auf Durchführung der Abstimmung mit Stimmzetteln zu sämtlichen Anträgen bei Behandlung von Punkt 17. der Tagesordnung wird mit

15 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion = mehr als ein Drittel der Anwesenden) angenommen.

Vzbgm. Wimmer: D.h. der Antrag auf geheime Abstimmung wurde somit angenommen. Es sind jedoch noch Wortmeldungen zulässig, vor allen Dingen auch das Schlusswort der vortragenden Referentin.

GR. Markus Wiesinger: Ich möchte mit einem Zitat beginnen, welches heute zu diesem Tagesordnungspunkt sehr passend ist: Es ist von Erich Fromm, der meinte „Vernunft ist die Fähigkeit objektiv zu denken“.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin froh, dass die Freiheitliche Partei begonnen hat objektiv zu denken. Oder waren es die Äußerungen von Günter Steinkellner, der eine Aussendung machte und meinte, für mehr Sicherheit in Statutarstädten soll gesorgt werden. Soweit gehe ich nicht, aber das war die Äußerung von Herrn Günter Steinkellner oder war es eine Aussendung von StR. Detlef Wimmer aus Linz, der meinte „diese Regelung bringt objektiv gar nichts und dient subjektiv höchstens als Feigenblatt für Politik, für Politiker, die eine offene Diskussion über neue Gemeindefragen scheuen.“ Er meinte weiter: „Das Wachkörperverbot ist so zeitgemäß wie Heimwehren oder Schutzbund.“

Waren es diese Äußerungen, warum die Freiheitliche Partei ihre Meinung änderte? Ich weiß es nicht. Genau vor einem Jahr, wie Kollege Dr. Csar anführte, war die Meinung der FPÖ noch eine ganz andere. Hier wurde seitens der FPÖ von keinen bewaffneten Sheriffs für Wels berichtet. Meine sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle hier im Gemeinderat sind der deutschen Sprache mächtig und können lesen. In unserem Antrag wird nicht von bewaffneten Wachkörpern gesprochen. Das Wort Wachkörper kommt in der Begründung vor, weil im Verfassungsgesetz ein Konkurrenzverbot für Wachkörper enthalten ist, aber wir fordern nirgendwo eine Einführung eines Wachkörpers.

Wenn die SPÖ diesen Schritt weiter geht ist es richtig, aber man kann, wie Vzbgm. Wieser erwähnte googeln und nachlesen. Im Gemeinderat vor einem Jahr gibt es ein mehrseitiges Protokoll. In diesem wurde angeführt, dass dies der erste Schritt ist dieses Konkurrenzverbot aus der Bundesverfassung zu streichen. Weil, wie Kollege Dr. Csar bereits anführte, es aus dem Jahr 1929 stammt und nur drei Gemeinden in Oberösterreich betrifft – Linz, Wels, Steyr. Wenn sie, liebe SPÖ-Fraktion dieses Gesetz haben wollen, ich will es nicht, es ist längst überholt. Es ist ein Ungleichgewicht zwischen allen anderen Städten und der Stadt Wels.

Herr Vzbgm. Wimmer führte zuerst an, welche Stimme hat die Stadt Wels in Wien? Ich meine schon eine wichtige Stimme, schlussendlich haben wir einen Nationalrat aus Wels, Herrn NAbg. Franz Kirchgatterer. Dieser wird sich hoffentlich für die Anliegen der Stadt Wels einsetzen und aufrechte Gemeinderatsbeschlüsse umsetzen. Ich bitte darum, dass sie als Parteivorsitzender mit dem Kollegen Kirchgatterer sprechen, damit dieser Welser Gemeinderatsbeschlüsse entsprechend in Wien vorantreibt.

Zum Schluss ist es wirklich bezeichnend, dass die SPÖ versucht hier Wortmeldungen oder Wörter zu finden, die nicht im Antrag stehen. Es geht darum, dass das Sicherheitspolizeigesetz geändert wird, dass eine Gleichstellung aller Gemeinden hergestellt wird, dass jede Gemeinde frei entscheiden kann, ob sie einen Wachkörper einführt oder nicht. Es steht nicht im Initiativantrag, dass ein Wachkörper eingeführt werden soll. Es geht rein um die Abschaffung.

GR. Schönberger: Ich glaube es geht um eine Grundsatzfrage. Auch wenn man die Rechtsbasis dazu schafft einen zweiten bewaffneten Wachkörper einführen zu können, dann führt dies zu einer Begehrlichkeit. Das Aushungern der Statutarstädte mit

Polizisten hat natürlich auch einen Hintergrund. Wenn das subjektive Sicherheitsgefühl in den Städten so ist, dass mehr oder minder Menschen in Uniformen von der Stadt beauftragt werden müssen um dieses wieder herzustellen, muss ich sagen, das liegt doch in erster Linie in der Hand des Innenministeriums. Es ist seit Jahrzehnten so festgelegt. Warum wird das nicht gemacht? Warum muss man Grundlagen schaffen, um eben diese zweite Organisation einführen zu können? Das ist nicht einmal ein Thema der Leistbarkeit. Wenn wir über die Grenzen hinaus nach Deutschland schauen, gibt es ähnliche Körper wie Ordnungswachen. Nur es häufen sich nicht die polizeilichen Aufgaben, sondern diese haben beispielsweise auch einmal die Aufgabe einen Schulschwänzer von zu Hause abzuholen und wieder in die Schule zu bringen und solche Dinge, die verwaltungstechnische Überschreitungen darstellen. Jetzt frage ich mich, warum wir einen zweiten Wachkörper unbedingt legitimieren sollen, nur weil wir die letzte Bastion sind. Wir werden uns dagegen wehren. Da bin ich lieber so wie Asterix im Gallischen Dorf – wir wehren uns bis zum Schluss. Darum werden wir dem auch nicht zustimmen.

StR. Dr. Rabl: Ich muss jetzt einmal ein paar Sachen richtig stellen, weil mich einerseits die Wortmeldung vom Kollegen Wiesinger ein bisschen irritierte, andererseits auch die Wortmeldung vom Kollegen Schönberger richtig ist. Man muss ehrlicherweise sagen, dass die Freiheitlichen dieser Regelung immer kritisch gegenüber standen. Wir wollten ursprünglich nicht, dass es eine Aufhebung dieses Konkurrenzverbotes gibt, weil, das kann man auch ganz leicht begründen, wir dachten, dass die ÖVP-Innenministerin die Sicherheitssituation in Wels in den Griff bekommt. Wir sind inzwischen klüger und gescheiter geworden, die ÖVP-Innenministerin hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft in Wels irgend etwas an der Sicherheitsproblematik zu verbessern. Deswegen sagen wir ganz klar, wir müssen das wohl selbst in die Hand nehmen. Selbst in die Hand nehmen können wir es nur, wenn es hier eine Aufhebung in diesem Sinne gibt. Das muss man zur Kenntnis nehmen, da sind wir auch klüger geworden, weil die versprochenen mehr Polizisten haben wir bisher nicht bekommen. Vielleicht muss nun die Stadt Wels selbst etwas unternehmen - was wir hiermit tun.

Zum Zweiten, ich stelle schockierend nach wie vor fest, dass die SPÖ die Sicherheitsdefizite in der Stadt Wels immer noch nicht erkannt hat. Dass es die GRÜNEN nicht erkannt haben ist mir klar, weil diese laufen mit der „rosaroten Brille“ durch die Stadt. Das ist auch eine schöne Sicht die man hat, aber vielleicht nicht ganz die Realität. Aber dass die SPÖ dieses Sicherheitsdefizit noch nicht erkannt hat und sich nach wie vor gegen wichtige sicherheitspolitische Maßnahmen sträubt, wie beispielsweise die Videoüberwachung, wie beispielsweise die Aufstockung der Ordnungswache, die erst nach über einem Jahr und vier Monate vollzogen worden ist, wo jeder sagen muss, warum braucht denn das so lange? Dass sie sich jetzt noch gegen diese gesellschaftspolitische Maßnahme sträubt, kann ich nicht nachvollziehen, weil dies der einzig wirksame Schritt ist, damit die Stadt Wels selbst etwas unternehmen kann. Wenn man sich überlegt, wie die Ordnungswache vielfach kritisiert wurde, dass sie keine Kompetenzen hat usw. und dann gibt es die Möglichkeit einen Wachkörper zu schaffen, der die Kompetenzen hat, der wirksam gegen die Drogenkriminalität vorgehen kann, der wirksam gegen Körperverletzungsdelikte vorgehen kann etc., dann ist mir das umso unverständlicher. Ich kann daher nach wie vor nicht nachvollziehen, warum die SPÖ bei dieser wichtigen Sicherheitsfrage dagegen ist. Offensichtlich will man nicht eine Stärkung der Sicherheit in Wels, sondern will, dass es so weiter geht und das nicht zum Wohle der Bevölkerung.

GR. Pernkopf: Ich wollte mich eigentlich nicht melden, aber das kann ich nicht so stehen lassen. Ich bin kein Verteidiger der Frau Innenministerin, aber als Personalvertreter darf ich schon sagen, dass wir alles daran setzen, das Sicherheitsgefühl in der Stadt Wels zu stärken. Eines sei dir schon gesagt, lieber Andreas Rabl, wir haben mit März d.J. drei Bedienstete mehr in Wels, wir haben noch vier Kurse heuer zur Ausmusterung, wir werden in einer Arbeitsgruppe Personal, welche im Juni 2013 stattfinden wird, alles unternehmen, damit wir wirklich einmal ein Mehr an Personal nach Wels bringen über dem bereits systemisierten Stand hinaus. So zu tun als würde hier nichts geschehen, ist nicht richtig.

GR. Weidinger: Bitte lieber Gerhard Kroiß, bremsen Sie den Andreas Rabl ein! Er redet nur wirres Zeug, wenn er da steht und sagt, die Frau Innenministerin hat in Wels versagt und es passiert nichts. Alles ist so schlecht, da muss ich sagen, was sagst du lieber Gerhard, den 176 Beamten – deinen Kollegen – morgen in der Früh. Ich sage hier, dass die Polizei in Wels sehr sehr gute Arbeit leistet und wir nichts dafür können, dass es Drogen in Wels gibt, dass es Banden oder ähnliches in Wels gibt. Das muss man hier festhalten. Es geht nämlich um das Verursacherprinzip. Verursacher sind hier die Polizisten in Wels nicht. Also bitte entweder eine Entschuldigung oder du nimmst deine Wortmeldung zurück. Das nehme ich jetzt sehr ernst.

Zum Kollegen Reindl-Schwaighofer: Du verrätst auch manches, was du heute gesagt hast. Es geht hier um das sogenannte Konkurrenzverbot. Wir wollen hier nicht diskutieren über die Installation eines Gemeindefachkörpers. Aber die Gemeindefachkörper sind unmittelbar dem Herrn Bürgermeister unterstellt. Das wäre doch auch eine gute Einnahmequelle für den Herrn Bürgermeister. Wenn man sich anschaut, wie die Kompetenzen verteilt sind, dann könnte durchaus – jetzt spreche ich für die Exekutive – der Gemeindefachkörper etwas Positives bewirken. Wir reden hier von der Zukunft. Auch wir wollen zu diesem Zeitpunkt keinen Gemeindefachkörper. Wir wollen nur darüber diskutieren und eventuell die gesetzliche Situation so herstellen, dass wir in Zukunft über die Installation einer Gemeindefache diskutieren können.

Zum Kollegen Teubl sei nichts gesagt, da gebe ich dem Kollegen Rabl recht, die „rosarote Brille“ kann man auch aufsetzen und durch die Stadt gehen.

Jetzt rede ich von der Zukunft – ich glaube, die nächsten 15 bis 20 Jahren müssen wir uns vielleicht doch Gedanken machen, um hier der Exekutive zur Seite zu stehen. Weil Sachen, die die Exekutive für artfremd hält, das sind z.B. Themen wie die Sperrstunde, die Sauberkeit, die Hundehaltung, die Gewerbeüberprüfungen, die Veranstaltungssicherheit usw., könnten von einem Wachkörper übernommen werden. Wir tun so, als wäre die Polizei für alles zuständig. Wenn wir sie rufen, muss sie kommen und es gibt immer eine Lösung. Vielleicht haben wir in 20 Jahren 300 Polizisten in Wels – ich wünsche es mir. Aber die Arbeit der Polizei hier madig zu machen und dann zu sagen die Polizei ist zuständig und die Frau Innenministerin hat versagt, das halte ich persönlich für falsch und für die Zukunft für einen falschen Zugang. Wenn wir reden, dass wir die Polizei unterstützen, dann müssen wir nicht nur Plan A haben, schreien nach mehr Polizei, sondern uns als Gemeinde auch einmal darüber Gedanken machen, wie eine wirkliche Unterstützung der Exekutive auszusehen hat.

StR. Dr. Rabl: Lieber Andi! Ich verstehe deine Emotionalisierung natürlich sehr gut. Dieser schreibe ich auch zu, dass du mir vorwirfst hier wirres Zeug zu reden. Eine Wortmeldung, die deiner nicht würdig ist und unter deinem Niveau liegt. Macht aber nichts, gefallen ist gefallen, ich trage sie dir natürlich nicht nach. Ich glaube aber, du hast etwas missverstanden, deswegen möchte ich das aufklären. Ich habe nicht die Welser Polizei kritisiert, hier hast du offensichtlich nicht zugehört, sondern die Frau Innenministerin. Das ist schon etwas anderes als die Polizei. Weil die Polizei besteht aus vielen einzelnen Polizisten, die Frau Innenministerin ist eine Person. Ich rede jetzt nicht von diesen vielen einzelnen Polizisten in Wels, das sind 176 Personen wie ich gerade erfahren habe, die machen sicher gute Arbeit und sollen auch voll unterstützt werden. Nur sie alleine können es nicht machen, sie brauchen Unterstützung.

Diese Unterstützung wurde bereits jahrelang gefordert von jenen Leuten, die bisher in der Polizeidirektion arbeiteten. Diese fehlenden 16/17 Polizisten arbeiten nicht auf der Straße und nehmen daher nicht aktiv in diesem Sinne am Dienst teil. Das weißt du als Personalvertreter am Besten. Diese Polizisten wollten wir ersetzt haben. Jetzt habe ich gehört drei Polizisten kommen zusätzlich, das sind zwar nicht 16 oder 17, aber es ist ein erster Schritt. D.h. die Kritik richtet sich gegen eine mangelhafte Personalausstattung der Welser Polizei, die Kritik richtet sich gegen eine mangelhafte Ausrüstung der Welser Polizei, richtet sich nicht gegen die Welser Polizei. Diese tut was sie kann. Sie kann halt nicht mehr machen. Deswegen ist dieser Untergriff, den du vorhin getätigt hast, aus meiner Sicht nicht gerade angemessen.

Ich kritisiere aber, das lasse ich mir auch nicht verbieten, weiterhin die Frau Innenministerin, dass sie trotz diverser Zusagen bisher die Polizei in Wels nicht so ausgestattet hat, wie wir uns das wünschen würden. Das kannst du bitte auch in der Personalvertretung ohne Probleme sagen. Nämlich dass sich die Freiheitlichen dafür einsetzen, dass der Personalstand der Welser Polizei massiv aufgestockt wird, sodass wir die Welser Drogenproblematik und viele andere Bereiche besser bekämpfen können. Darum ging es mir, nicht um etwas anderes. Wenn das für dich wirres Zeug ist, dann werden wir in der Personalvertretung berichten, dass die Aufstockung der Polizei in Wels für dich wirres Zeug ist. Das ist vielleicht auch nicht ganz das, was du vielleicht gemeint hast. Insofern glaube ich, dass ich das hiermit klar stellen konnte.

GR. Hacker: Geschätzte Damen und Herren! Vorerst möchte ich mich für die zahlreichen und auch interessanten, teilweise turbulenten Wortmeldungen ganz herzlich bedanken. Erstaunlich ist jedoch, dass sich zu diesem wichtigen Thema nur unsere Herren zu Wort meldeten. Schade ist, dass die GRÜNE-Fraktion, welche angeblich versucht zukunftsorientiert zu denken, absolut abweisend reagiert.

Herr Kollege Reindl-Schwaighofer, ich sagte tatsächlich, es handelt sich hier nicht um eine Errichtung eines neuen Wachkörpers. Ich bitte dich in Zukunft vielleicht etwas besser zuzuhören.

Wir von der ÖVP hätten uns Geschlossenheit zu diesem wichtigen Antrag gewünscht. Leider ist es anscheinend der SPÖ nicht bewusst, wenn diese Gesetzesänderung nicht erfolgt, in Zukunft zum Thema Sicherheit nicht gehandelt werden kann.

Vzbgm. Wimmer: Danke der Referentin für das Schlusswort. Wir kommen jetzt zur geheimen Abstimmung. Wir hatten ja im letzten Gemeinderat einen „Probelauf“. Als Vorsitzender bestimme ich nun zwei Mitglieder des Gemeinderates, die die Stimmzettel auszählen werden.

Ich ernenne
von der FPÖ den Kollegen Vzbgm. Dr. Wieser zum Stimmzähler und
von den GRÜNEN den Kollegen Prof. Mag. Teubl.

Nach Einsammlung der Stimmzettel und deren Auszählung gibt Herr Vizebürgermeister Wimmer das Ergebnis wie folgt bekannt:

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung (Anlage 18) wird in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln bei

gegen 19 Ja-Stimmen
15 Nein-Stimmen

angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Andreas Weidinger

18.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend
Schaffung von Aus- und Fortbildungsstandards für Sicherheitspersonal;
Resolution an die Bundesregierung
DI-Verf-122-2013

Vzbgm. Wimmer: Nach diesem Tagesordnungspunkt werde ich die Sitzung für die Bürgerfragestunde unterbrechen.

GR. Weidinger: Unter Tagesordnungspunkt 18. soll eine Resolution an die Österreichische Bundesregierung beschlossen werden, die sie auffordert, für die Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen in Österreich ein Berufsbild zu entwerfen. Meine Damen und Herren! In diesem Antrag geht es nicht darum die Arbeitsweise der sogenannten Türsteher zu hinterfragen oder gar ihre Arbeit zu kritisieren. Die Arbeit eines Türstehers ist keine einfache und ist sie oft mit psychischer und physischer Belastung verbunden. Oftmals muss gegen alkoholisierte und äußerst aggressive Menschen vorgegangen werden. Aber viele der gesetzlichen Bestimmungen nach dem Motto „Was darf ich tun, wie weit darf ich gehen?“ enden sehr oft vor dem Richter. Weit über 700 Auseinandersetzungen im Jahr 2012 zwischen Sicherheitspersonal und Gästen sprechen eine eindeutige Sprache.

In der EU gibt es dieses Berufsbild in vielen Ländern. Nur Österreich hat sich dazu noch nicht entschlossen. Wir wollen ein Berufsbild, in deren Ausbildung anerkannte Aus- und Fortbildungsstandards, Stressbewältigung, Konfliktvermeidung, arbeitsrechtliche Grundlagen und Menschenrechte vermittelt werden. Einhergehend soll es auch zu einer ordentlichen Entlohnung der Mitarbeiter kommen, weil eine ordentliche Ausbildung soll auch ordentlich entlohnt werden. Ich bin schon wieder am Ende und ich ersuche um Beschlussfassung.

GR. Manfred Wiesinger: Grundsätzlich ist das Ansinnen für eine bessere Ausbildung und somit eine bessere Qualität von Sicherheitspersonal, von Türstehern, Security-Personal richtig und wichtig. Den Weg, den die ÖVP mit dieser Resolution hier einschlägt, lässt mich jedoch stark daran zweifeln, ob die ÖVP wirklich rasch eine gute brauchbare Lösung finden will.

Laut meinen Informationen wurde von einem Vertreter der SPÖ im Nationalrat so ein Antrag bereits eingebracht. Jedoch ist er durch die Einflussnahme von Wirtschaftsbandvertretern in der ÖVP im Nationalrat abgelehnt worden und damit in der übliche Schublade verschwunden. Dieses Anliegen betrifft insbesondere das Bewachungs- und Sicherheitsgewerbe. Diese sind vertreten in der Wirtschaftskammer im Gremium der allgemeinen Dienstleister. Wenn so ein Antrag ein Gewerbe betrifft, dann ist es schwer ohne Zustimmung der Wirtschaftskammer etwas umzusetzen. Bekanntlich sind in der Wirtschaftskammer, in diesem Gremium, mehrheitlich Wirtschaftsbandmitglieder vertreten. Darum wäre es leicht für die ÖVP dieses Gremium zu einer Zustimmung zu bewegen.

Der Gewerbebereich besteht aber auch aus Sicherheitsfirmen, die Werkschutz und Personenschutz anbieten und die Bewachung von Geschäften und von Geldtransporten übernehmen. Nur ein kleiner Teil dieses Gewerbes betrifft den Bereich der Türsteher und die Überwachung von Veranstaltungen. Es ist zum Großteil auch so, dass die Firmen, welche die vorher genannten Leistungen anbieten, diese gar nicht tun wollen. Die Firmen, die im Werkschutz und in den anderen Sicherheitsbereichen tätig sind, bilden ihre Mitarbeiter sehr gut aus. Ein Großteil der Betriebe bilden ihre Mitarbeiter in Kooperation mit der Polizei, der Feuerwehr und auch anderen externen Personen aus.

Wenn nun gesetzlich Richtlinien erlassen werden, wird es auch diese Betriebe betreffen. Es besteht die Gefahr, dass vorhandene internationale große Betriebe, die vom Wirtschaftsverband unterstützt werden, sich diese Ausbildung leisten können und die kleinen Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil sie sich die Ausbildung in der vorgeschriebenen Form nicht mehr leisten können.

Die Fachhochschule Krems hat einen Ausbildungslehrgang für Sicherheitskräfte. Dieser kostet ca. 1.000 Euro im Monat. Diese gut ausgebildeten Personen bekommen meistens keine Anstellung, weil sie natürlich dementsprechend mehr Gehalt verlangen, damit sie die Kosten wieder herein bekommen und dieser Gehalt derzeit am Markt nicht bezahlt wird.

Deutschland hat eine Ausbildungsrichtlinie für Werkschutzleute. Laut Informationen ist es so, dass zum Großteil die Betriebe versuchen diese Richtlinie zu umgehen, um diesen Werkschutz günstiger zu erhalten. Wenn die ÖVP wirklich hier eine rasche Lösung haben will, kann ich mir eine andere Lösung vorstellen. Nämlich, dass man

gemeinsam mit den betroffenen Betrieben, der Polizei, Feuerwehr und diverser weiteren Personen, aber auch mit den Bildungseinrichtungen, wie WIFI und BFI bzw. andere, auf Landesebene Ausbildungsrichtlinien ausarbeitet. Diese Bildungseinrichtungen sollen leistbare Kurse mit Abschlussprüfungen umsetzen und anbieten. Wenn diese vorhanden sind, ist es leicht z.B. das bestehende Veranstaltungsgesetz, das ja teilweise diese Sicherheitsleute vorschreibt, zu vollziehen. Wenn man wirklich für eine rasche Lösung des Problems ist, sollte man diese Vorgangsweise vorziehen und nicht einen Brief nach Wien schicken, der so und so wieder in einer Schublade verschwindet. Gerade deswegen kann ich diesem Antrag ohne Probleme zustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Herr Gemeinderat Manfred Wiesinger ließ sich jetzt sehr auf die Inhalte ein, aber ich glaube, dass eine gemeinsame Ausbildung für die Betriebe der falsche Weg ist. Ich bin davon überzeugt, dass der Bereich der Türsteher, der Wachdienste, also dort wo Security-Dienste angeboten werden, einer klaren gesetzlichen Regelung bedarf, weil die Damen und Herren des Security-Dienstes immer im Graubereich tätig sind. Bei jeder Anhaltung, bei jedem Gespräch an der Tür, bewegen sie sich im Graubereich dessen, was sie dürfen und was nicht.

Wie wird denn das Personal für Türsteher und Security rekrutiert? Ich kann nicht davon ausgehen, die bestqualifizierten Leute zu bekommen - das Gegenteil ist oft der Fall - deshalb brauchen wir hier klare gesetzliche Regelungen. Das Argument, kleine Betriebe können sich die Ausbildung nicht leisten und dass Menschen mit absolvierter Ausbildung – sie sprachen den Lehrgang in Krems an – keinen Job bekommen, weil das ja keiner bezahlen will usw. würde damit entfallen. Wenn alle eine gesetzlich geregelte Ausbildung machen müssen, dann erhält diese Firma kein Personal, wenn sie nicht bereit ist die notwendigen Löhne zu bezahlen. Wir werden diesen sehr sinnvollen Antrag unterstützen, fordern aber auf, dass alle, die jetzt zustimmen in ihren Fraktionen im Nationalrat einen Vorstoß machen, damit diese Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

GR. Pernkopf: In unserem vom GR. Weidinger vorgetragenen Initiativantrag steckt keine Polemik dahinter. Die Tatsachen und Problemstellungen sind einfach vorhanden. Es kann nicht sein, dass Personal ohne Ausbildung lukriert und mit ihnen schlecht umgegangen wird. Es sind keine Barometer in der Ausbildung oder Fortbildung, keine Barometer in der Bezahlung festgelegt. Hier gehören einfach die Hebel angesetzt, damit dieses Personal richtig einschreitet und es zu keinen Übergriffen kommt.

Vzbgm. Lehner: Dass dieser Antrag sachlich und richtig ist, brachten hier schon alle zum Ausdruck. Herr GR. Manfred Wiesinger sprach von der Wirtschaftskammer mit dem Wirtschaftsbund und dieser verhinderte dies da und dort oder könnte es ja gestalten. Die Wirtschaftskammer hat die Willens- und Meinungsbildung im Interesse der Unternehmer und wir hier haben die Meinungsbildung im Interesse der Welserinnen und Welser. Es ist ganz klar, dass wir eine Resolution verabschieden. Dies passiert in der Wirtschaftskammer in ähnlicher Form an die Bundesregierung, die hier ganz eindeutig den Interessen der Welserinnen und Welser entspricht. Dazu bekenne ich mich, das ist wichtig und genau deshalb braucht es diese Resolution, damit es klare Ausbildungen für diesen zunehmend wichtiger werdenden Bereich gibt.

GR. Weidinger: Danke dem Kollegen Manfred Wiesinger für die Wortmeldung. Wir wollen in Wien die Schublade öffnen, wir wollen gutes Personal.

Der Antrag (Anlage 19) zu Punkt 18. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

StR. Dr. Rabl verlässt um 18.15 Uhr die Sitzung.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und unterbricht von 18.14 bis 18.32 Uhr die Sitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde.

Nach Beendigung der Bürgerfragestunde übergibt Vzbgm. Wimmer den Vorsitz an Vzbgm. Lehner.

StR. Zaunmüller verlässt am 18.32 die Sitzung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Dipl.-Ing. Renate Leitinger

19.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Fahrradberatung durch das Land OÖ und Beantragung der
Förderung zur Planung von Fahrrad-Haupttrouten
DI-Verf-121-2013

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Die GRÜNEN stellen den Antrag, dass die Stadt Wels, vertreten durch die zuständige Fachabteilung, eine Beratung durch die Fahrradberatung des Landes Oberösterreich in Anspruch nimmt. Laut Herrn StR. Kroiß stimmte das Land auch dieser Fahrradberatung für die Stadt Wels zu. Aber dieser Antrag beinhaltet auch noch einen zweiten, wichtigeren Teil. Dort geht es um die konkrete Umsetzung und dass in Folge die Planungsgrundlagen für gemeindeübergreifende Fahrradhaupttrouten entsprechend den Förderrichtlinien des Landes Oberösterreich erarbeitet werden.

Worum geht es uns? Wir Welser GRÜNEN empfinden die zunehmende Bereitschaft der Menschen das Fahrrad zu benutzen als Auftrag an die Politik, den Verkehr radfreundlicher zu gestalten und das Radwegenetz konsequent auszubauen. Den immerhin – laut einer Umfrage in Österreich – radeln bereits 45 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger im Alltag, 34 Prozent davon mehrmals in der Woche. Wir sollten das unbedingt unterstützen und Wels bringt für das Radfahren sehr gute Voraussetzungen mit. Wir verfügen über halbwegs kompakte Bebauung, Wels ist flach und die Distanzen sind nicht allzu groß. Wels als Klimabündnisgemeinde und Energiehauptstadt sollte diesen Vorteil nutzen und das Radfahren in der Freizeit auch selbstverständlich machen. Das Fahrrad sollte ein praktischer Alltagsgegenstand

werden, um ins Büro zu kommen oder einzukaufen und nicht nur ein Trimmgerät für das Wochenende. Radeln im Alltag trägt für etwas mehr Bewegung zwischendurch bei, tut uns gut, verursacht keinen Lärm und stößt kein CO² aus.

Mit den aktuellen Gesetzesänderungen in der Straßenverkehrsordnung wurden deutliche Verbesserungen, u.a. durch Errichtung von Fahrradstraßen, auch für den Fahrradverkehr ermöglicht. Das Land Oberösterreich fördert die Planung von gemeindeübergreifenden Fahrradhaupttrouten. Diese Fahrradhaupttrouten müssen speziell ausgewiesen, öffentlich bekanntgemacht und bei den Reinigungs- und Erhaltungsarbeiten bevorzugt behandelt werden. Dazu wurde in einem ersten Schritt die Fahrradberatung des Landes Oberösterreich kontaktiert und diese hat auch zugesagt. Jetzt könnte zur Umsetzung der Pläne als zweiter Schritt – um das Radeln einfacher, schneller zu machen bzw. um das Rad öfter zu benutzen – die Förderung klima:aktiv mobil des Lebensministeriums herangezogen werden.

Wie eine aktuelle Studie des VCÖ (Mobilität mit Zukunft) zeigt, finden die österreichischen Radlerinnen und Radler, dass heimische Politiker zu wenig für das Radfahren tun. Über 40 Prozent sind mit der Situation zum Thema Radfahren in Österreich sogar sehr unzufrieden. Besonders der Einsatz der Politik für das Radfahren wird sehr stark bemängelt. 72 Prozent sind der Meinung, dass mehr Radwege entlang von Freilandstraßen das Radfahren attraktiver machen würde und 64 % meinen mehr Radwege im Ortsgebiet seien nötig, um mehr zum Rad zu greifen.

Außerdem wünschen sich die Menschen Vorbilder, an denen es in Wels derzeit noch mangelt. Vorbilder können auch Politiker und Politikerinnen sein, die im Alltag und nicht nur für ein Fotoshooting radeln. Mit Erstaunen verfolgten wir in den letzten Monaten, wie die SPÖ- und ÖVP-Fraktion sich auch für das Thema Radfahren begeisterte und hoffen, dass diese Begeisterung auch für eine Zustimmung zu unseren Anträgen ausreicht. Denn eine Zustimmung würde dem Radfahren in unserer Stadt den dringend notwendigen Schub geben und es würde zeigen, dass wir die Bedürfnisse der Radfahrerinnen und Radfahrer in Wels auch wichtig nehmen.

GR. Ganzert zur Geschäftsordnung: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag (Anlage 20) zur weiteren Beratung an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Ganzert auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 20) an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Prof. Mag. Walter Teubl

20.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Erhöhung der finanziellen Mittel für Radverkehrsmaßnahmen im Budget
DI-Verf-119-2013

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Stunde ist naturgemäß immer fortgeschritten, wenn die GRÜNEN mit ihren Anträgen an die Reihe kommen. Ich ersuche dennoch um ihre Aufmerksamkeit, für unsere letzten beiden Anträge.

Im Radverkehr steckt unserer Meinung nach ein enormes Potenzial für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik. Ein Potenzial, das erst einmal erschlossen werden muss. Statistisch gesehen ist jeder zweite, mit dem Auto zurückgelegte Weg kürzer als fünf Kilometer und einundzwanzig Prozent der Wege sogar kürzer als drei Kilometer. Auf diesen Distanzen ist das Fahrrad oft sogar schneller als das Auto. Mehr Radverkehr bedeutet außerdem weniger Staus, weniger Verkehrslärm und vor allem weniger Abgase. Der Verkehr ist, wie sie wissen, in Wels der Hauptverursacher von Schadstoffen, wie Feinstaub und Stickoxiden. Überdies wird in Wels auch ständig die Parkplatzthematik diskutiert. Auch hier hilft eine aktive Radfahrpolitik, denn Fahrrad fahrende Menschen brauchen keine Parkplätze, wodurch automatisch mehr freie Parkplätze zur Verfügung stehen würden.

Mehr Radverkehr bedeutet außerdem eine Wiederbelebung des öffentlichen Raumes, der wieder zum Ort der Begegnung und Kommunikation werden soll. Gleichzeitig wird der Stadtkern belebt und die Nahversorgung gestärkt. Das Fazit aus diesen Überlegungen ist für uns GRÜNE-Fraktion der massive Ausbau des Radverkehrs. Es genügt nicht, ab und zu ein Stückchen Radweg zu bauen, sondern es muss dafür gesorgt werden, dass die Stadtteile untereinander und das Stadtzentrum auch ohne Auto schnell, sicher und bequem mit dem Fahrrad erreichbar sind. Radfahren als ideale Mobilitätsform im städtischen Raum muss eine optimale Infrastruktur bekommen, muss einen höheren politischen Stellenwert bekommen und ein besseres Image.

Woran scheitert dies in Wels? Die Ausgangssituation ist wenig erbaulich. Der Anteil des Radverkehrs, der schon einmal bei 12 Prozent war, lag bei der Verkehrserhebung 2001 bei 10,6 Prozent – ein beschämend niedriger Wert. Die Werte für 2011 wurden noch nicht veröffentlicht, aber selbst wenn man von einem etwas höher liegenden Wert ausgehen kann, sind wir weit von Spitzenwerten entfernt. Wels ist von der Topographie her für den Radfahrverkehr bestens geeignet, denn flacher als die Welser Heide geht es einfach nicht mehr. Selbst das gebirgige Vorarlberg schafft bereits 15 % Radverkehrsanteil. Andere österreichischen Städte, wie z.B. Salzburg, liegen bereits bei 20 Prozent. Wir finden daher, das Ziel einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik müsste sein, den Anteil des Radverkehrs im gesamten städtischen Verkehrsgeschehen bis 2015 auf mindestens 15 Prozent zu erhöhen. Viel zu viel wurde in den letzten Jahren in den Ausbau des Individualverkehrs investiert, der Radverkehr in unserer Stadt wurde

sträflich vernachlässigt. Noch immer haben wir eine stark Auto orientierte Verkehrspolitik und Verkehrsplanung.

Fahrrad fördernde Maßnahmen werden nicht umgesetzt, weil der motorisierte Individualverkehr Vorrang hat. Selbst auf jahrelang geforderte Fahrradabstellplätze beim Welser Bahnhof mussten die Welserinnen und Welser ziemlich lange warten. Was braucht es jetzt zur Erreichung dieses Anteils? Es braucht dazu in der Stadt generell ein fahrradfreundliches Klima. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, die natürlich auch Geld kosten. Beispielsweise die Schaffung von Radrouten, auf denen die Ziele ohne Umwege erreichbar sind. Das heißt zumindest aus jedem Stadtteil eine durchgehende Route in die Innenstadt. Derzeit haben wir noch immer Radwege, die im Nirvana enden und dadurch Radfahrer unvermutet Gefahren aussetzen. Wir brauchen auch die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für den Radverkehr, einen funktionierenden Fahrradverleih, der in einem eigenen Antrag behandelt wird. Wir brauchen eine Ausbauinitiative für Fahrradabstellanlagen und die Errichtung von kostenlosen Fahrradservicestationen. Außerdem benötigen wir Dinge, wie Haltegriffe an Straßenübergängen, damit man nicht immer absteigen muss, wenn man bei Rot an der Kreuzung steht, sowie mehr vorgezogene Radfahrstreifen an den Kreuzungen. Die Öffnung von weiteren Einbahnen für RadfahrerInnen und die Nutzung der Möglichkeit eine Fahrradstraße zu deklarieren, die Beschilderung von Radrouten usw. wären sinnvoll.

Für all das braucht es den politischen Willen, aber auch die finanzielle Bedeckung. Derzeit sind im Budget der Stadt Wels – im außerordentlichen und im ordentlichen Haushalt zusammengerechnet – für den Radverkehr 133.900 Euro vorgesehen. Auf die aktuelle Einwohnerzahl der Stadt Wels gerechnet bedeutet das, dass wir in Wels 2,22 Euro pro Einwohner für Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs ausgeben.

Im Gegensatz dazu geben die österreichischen Landeshauptstädte - in einer Erhebung des Bundesministeriums für Verkehr Innovation und Technologie zufolge – durchschnittlich 4,50 Euro pro Einwohner und Jahr für den Radverkehr aus. Also mehr als das Doppelte als in Wels. Im niederländischen Groningen, die als die Fahrradmetropole schlechthin gilt, wird für den Radverkehr sogar ein Ansatz von 13,00 Euro pro Einwohner pro Jahr für richtig erachtet – also das 6-fache des Wertes, der im Welser Budget enthalten ist! Kein Wunder also, dass in Wels nichts weitergeht.

Wenn es in der Stadt Wels ein Bekenntnis zum Radverkehr gibt, und dies gab es in diesem Haus bei den letzten Sitzungen immer wieder von den verschiedenen Fraktionen, dann müssen wir in Zukunft auch für ausreichende finanzielle Mittel sorgen. Wir beantragen daher, dass im nächsten Budget der Stadt Wels ausreichende Mittel für den Radverkehr vorgesehen werden, wobei wir als ausreichend einen Wert von 5,00 Euro pro Einwohnerin und Einwohner definieren würden, also etwa einen Betrag in Höhe von 300.000 Euro. Wir bitten sie, unseren Antrag zu unterstützen, damit es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, damit der Radverkehr in Wels tatsächlich eine Chance bekommt in eine Größenordnung anzuwachsen, wie es in unserer Stadt notwendig und gegeben erscheint.

Vzbgm. Lehner dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Vzbgm. Lehner zur Geschäftsordnung: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag zur weiteren Beratung an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Lehner auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 21) an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

21.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Installierung des Fahrrad-Verleihsystems „Nextbike“
DI-Verf-120-2013

GR. Prof. Mag. Teubl: Damit komme ich zum für heute letzten Antrag zum Thema Radverkehr von uns, nämlich einem Antrag auf die Installierung eines Fahrradverleihsystems. Im Vorfeld bin ich von einigen Kolleginnen und Kollegen angesprochen worden darauf, wieso wir uns in diesem Antrag festlegen auf das System Nextbike. Grund dafür ist, dass es diese Festlegung hausintern bereits gibt. Es ist seit Jahren geplant ein solches Fahrradverleihsystem zu installieren. Es ist auch die Entscheidung für dieses System, das inzwischen in 118 Gemeinden und auf 92 Bahnhöfen in ganz Österreich installiert ist, getroffen worden. Es ist nur wieder einmal das liebe Geld, das die Realisierung verhindert. Wir haben zwar in der Investitionsplanung der Stadt Wels 90.000 Euro dafür vorgesehen, aber die finanzielle Bedeckung fehlt. Wenn sich Wels Radfahrer freundlich positionieren will und Wels als Energiestadt auch für Besucherinnen und Besucher, die mit der Bahn kommen und somit umweltfreundlich anreisen, eine Möglichkeit geben will mit dem Fahrrad unsere Stadt zu erkunden, wenn wir im Sinne unserer Vorgaben und Planungen bezüglich der Senkung des ökologischen Fußabdrucks in unserer Stadt vorwärts kommen wollen, dann brauchen wir endlich dieses Verleihsystem. Dann soll es nicht noch einige Jahre dauern etwas umzusetzen, was wir doch alle wollen.

Dieses Verleihsystem ist eine durchdachte Angelegenheit. Es funktioniert so, dass man sich einmal registriert, dann eine Hotline anruft, einen Zahlencode erhält, den man eingeben muss, damit das Schloss öffnet und man los radeln kann. Die Kosten liegen bei einem Euro pro Stunde oder acht Euro pro Tag, wobei es für Inhaber einer ÖBB-Vorteilscard auch Ermäßigungen gibt. Wir glauben, dass wir nicht mehr lange diskutieren sondern endlich zur Tat schreiten und die Realisierung dieses Systems auch finanziell bedecken sollen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich danke dem Kollegen Mag. Teubl und der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion dafür, dass sie das Thema wieder auf die Tagesordnung gebracht haben. Im Oktober vergangenen Jahres hatten wir eine sehr ausführliche Diskussion zum Thema Fahrradfahren in der Stadt Wels. Lt. Protokoll war diese Diskussion sehr umfangreich, nur der Succus daraus ist die Inaktivität des zuständigen Stadtrates. Es gibt zu diesem Thema keine bekannten Diskussionen - ich habe meine

KollegInnen aus dem Verkehrsausschuss gefragt. Dieser Antrag ist dort nie diskutiert worden. Diese Resolution ist im Wesentlichen eine Resolution in der es darum geht, dass der Fahrradverkehr insgesamt in der Stadt Wels besser gefördert werden soll. Wir haben über die Möglichkeit diskutiert, dass von der Laaen in die Innenstadt ein Radweg gemacht werden soll – Inaktivität. Wir haben darüber diskutiert, dass das Fahrradfahren insgesamt attraktiviert werden soll – Inaktivität. Wir haben darüber diskutiert, dass die Fragen des Fahrradfahrens in der Stadt auch mit einer Art Bürgerbeteiligung besprochen werden soll, ev. im Rahmen der Agenda 21 – Inaktivität.

Das Problem an dieser Geschichte ist, dass der zuständige Stadtrat über Lippenbekenntnisse nicht hinaus kommt. Darum möchte ich mich noch einmal für die Einbringung dieses Themas bedanken, muss aber dazu sagen, dass ich nicht bereit bin im Gemeinderat einen Antrag zu beschließen, in dem bereits eine bestimmte Firma für ein Fahrradverleihsystem angeführt ist. Ich sagte bereits, ich halte die Diskussion grundsätzlich für wichtig und hoffe, dass diese Anträge, die wir jetzt in den entsprechenden Verkehrsausschuss zugewiesen haben, nicht wieder in einem halben oder dreiviertel Jahr dazu führen, dass wir neue Anträge einbringen müssen, damit der zuständige Stadtrat Aktivitäten entwickelt.

GR. Mag. Humer: Kollege Reindl-Schwaighofer sagte bereits, es ist hier noch vieles zu diskutieren, weshalb ich hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung stelle, diesen Initiativantrag zur weiteren Beratung an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zu verweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Humer auf Zuweisung gst. Inivativantrages (Anlage 22) an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss zur weiteren Beratung wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der am Bahnhofplatz Wels ein Alkoholverbot erlassen wird.

Vzbgm. Wimmer stellt fest, dass dem Dringlichkeitsantrag der im Stadtsenat vertretenen Gemeinderatsfraktionen (Anlage 1) zu Beginn der Sitzung die Dringlichkeit zuerkannt wurde und ersucht nunmehr um Wortmeldungen zum Sachantrag.

Vzbgm. Wieser: Im Herbst vergangenen Jahres haben wir zurückführend auf einen Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Thema Alkoholverbot am Busbahnhof den Umweltausschuss beauftragt sich dieser Sache anzunehmen. Die Dringlichkeit wurde bereits am Beginn der Sitzung diskutiert und hängt diese mit der Jahreszeit zusammen, woraus sich die Problematik des Alkoholmissbrauchs ergibt. Es gab bereits Interventionen der Immobilien- und Verwaltungsgesellschaft AREV sowie der

Consulting Companie, Firma Kammerstätter, beim Herrn Bürgermeister, da extreme Vorfälle beobachtet wurden.

Der Umweltausschuss hat im November vergangenen Jahres die Angelegenheit erledigt, einen Verordnungsentwurf einstimmig angenommen und an den Herrn Bürgermeister zur weiteren Behandlung im Gemeinderat weitergeleitet. Es ist dies nicht sofort erledigt worden, weil das Interesse bestand, dass auch die Sozialabteilung sich mit diesem Thema beschäftigt und allenfalls Diskussionen geführt werden, wie neben diesem Alkoholverbot weitere Maßnahmen getroffen werden können und welche Instrumentarien seitens der Stadt Wels zur Verfügung stehen.

Schlussendlich nach den Berichten des Wachdienstes und der Ordnungswache gab es am 08.04. d.J. eine Besprechung und daran anschließend auch mit mir, wo die Damen und Herren aus dem Sozialamt und den damit befassten Dienststellen zusammen gekommen sind und die Angelegenheit diskutierten. Die Vorfälle, die von der Polizei auch registriert wurden, sprechen eindeutig dafür, eine ortspolizeiliche Verordnung zu erlassen, weil es hier tatsächlich aufgrund der Häufigkeit der Vorfälle zur Abwehr unmittelbar zu erwartender oder zur Beseitigung bestehender, das örtliche Gemeinschaftsleben störende Missstände vorliegen. Die teilweise sehr heftig auftretenden alkoholisierten Personen trinken nicht nur den Alkohol sondern belästigen auch Passanten. Schülerinnen und Schüler bzw. sonstige Personen werden dort angepöbelt und teilweise beschimpft. Es kommt immer wieder zu Reibereien und die Polizei wird herbei gerufen. Man kann jedoch, außer dass im öffentlichen Bereich Alkohol getrunken wird, keine weiteren Tatbestände verfolgen. Diese nun vorliegende konzipierte Verordnung verbietet in dem aufgezeigten Bereich, die Parzellen sind genau genannt, den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit.

Über die aufgetretenen Vorkommnisse ist der Gemeinderat ausreichend informiert. Auch der Ausschuss ist einstimmig der Meinung, dass diese Verordnung gerechtfertigt ist.

Was die Überlegungen seitens der Sozialabteilung betrifft für die Möglichkeiten des Einsatzes von Streetworkern, wird dies wegen des Alters der Alkohol konsumierenden Personen nicht möglich sein. Der Aufgabenbereich der Streetworker erscheint daher nicht geeignet sozusagen als Einsatzkräfte vor Ort vorzugehen, sehr wohl der Ordnungswache und die Polizei, wenn sie gerufen werden. Es werden die betroffenen Personen mit Informationen versorgt, inwieweit Möglichkeiten im Bereich der Stadt Wels bestehen, wo sie sich aufhalten können, wo sie sich über den Alkoholmissbrauch informieren können, welche Beratungsmöglichkeiten und Institutionen es für Alkoholranke gibt. Ob das hilft, wird sich herausstellen.

Es ist auch bei diesen Zusammenkünften darüber gesprochen worden, ob mit dieser Verordnung nicht nur ein sogenannter Verdrängungsvorgang eingeleitet wird. Die Rechtfertigung diesen Platz von diesen Dingen frei zu halten, ergibt sich aus der großen Anzahl der Jugendlichen, die dort mit dem Bus ankommen und zusteigen. Es ist ein riesiger Umschlagplatz von jungen Menschen, die nicht konfrontiert werden sollen mit alkoholisierten Personen, die sich nicht mehr unter Kontrolle haben.

Aus diesem Grund und wegen der Jahreszeit wurde dieser Antrag nicht in der ursprünglichen Form, sonst hätte es noch Monate gedauert, eingebracht, sondern als einer von allen drei Fraktionen unterschriebener Dringlichkeitsantrag, sodass er, wenn

er heute beschlossen wird, sofort mit der Kundmachung in Kraft tritt und wir sofort die entsprechend damit befassten Organisationen informieren können, dass jetzt in diesem Bereich Alkoholverbot besteht und dass gegen diese Personen, die dagegen verstoßen, ortspolizeilich vorgegangen werden kann.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion wird sicherlich diesen Antrag, diese Verordnung mitunterstützen und auch mittragen. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, es sind von der Verordnung nur öffentliche Grundflächen erfasst. Wenn Betrunkene in einer Hausdurchfahrt oder in einem Hauseingang stehen, dann ist das nicht erfasst, sie können dort nicht einmal angesprochen werden, weil sie durch diese Verordnung nicht betroffen sind. Man könnte diese Verordnung auf diese privaten Flächen ausdehnen. Es gibt dazu Rechtsmeinungen, Rechtsgutachten aber auch praktische Anwendungen von solchen Verordnungen.

Es besteht jedoch sehr wohl die Gefahr, dass ein Verdrängungswettbewerb eintritt, d.h. die Menschen werden sich in den Haus- oder Hofdurchfahrten aufhalten und konsumieren dort Alkohol. Das ist die Gefahr, auf die wir hinweisen wollen, damit wir zeitgerecht mit entsprechenden Maßnahmen dagegen steuern können. Wir möchten nicht, dass über ganz Wels ein Alkoholverbot verhängt wird. Als erster Schritt ist diese Verordnung eine gute Sache.

GR. Hoflehner: Ich bin grundsätzlich glücklich darüber, dass diese Verordnung heute beschlossen wird. Zum Einen weil ich glaube, dass dies ein Signal ist eine Sache ernst zu nehmen, wenn wir auch alle der Meinung sind, dass diese Maßnahme nicht das Problem lösen wird. Aber es ist ein wichtiges Signal für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Wir befinden uns in diesem Bereich in bester Gesellschaft. Wenn sie nicht nur mit dem Fahrrad fahren sondern auch die Eisenbahn benützen werden sie sehen, dass Wien, St. Pölten, Amstetten, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Innsbruck im Bahnhofsbereich ähnliche Probleme haben, die ganz unterschiedlich angegangen werden. Ein Geheimrezept, wie diese Problematik zu lösen wäre, existiert in keiner dieser Städte, aber es bemühen sich alle sehr. Ich glaube man könnte auch voneinander lernen.

Uns soll bewusst sein, dass sich in den Hausdurchfahrten, in den Hauseingängen, auf privaten Grundstücken, diese viel Alkohol konsumierenden Menschen aufhalten. Diese Personen halten sich u.a. in der Bahnhofsgegend auf, weil sie dort 24 Stunden lang Alkohol erhalten bzw. kaufen können.

Warum ich mich heute zu Wort melde, ist einmal nicht die grundsätzliche Zustimmung zu diesem Antrag, sondern weil es nicht nur eine Südseite des Bahnhofs gibt sondern auch eine Nordseite. Südseitig des Bahnhofs befindet sich der Zugang zur Stadt, nordseitig befindet sich der Zugang in die Neustadt. Auch in der Neustadt wohnen Menschen, auch in der Neustadt gibt es sehr viele Schulen, wo Schüler Richtung Grünbachpark gehen.

Die Wenigsten wissen es, es gibt also nicht nur diese große Grünparkfläche sondern auch eine kleinere Grünfläche ostseitig der Unterführung. Dort kam es in der letzten Zeit

häufig zu Situationen, die ähnlich sind – sog. „Saufgelage“. Auch dort herrscht meines Erachtens bereits Handlungsbedarf. Natürlich besteht die Gefahr, dass ein Teil dieses Verdrängungswettbewerbes auch im angenehmen Norden des Bahnhofes landen wird. In diesem schönen Park befinden sich bereits jetzt Gruppen von Menschen, die dort bestimmte Dinge tun, die für die Schülerinnen und Schüler, für die Bewohnerinnen und Bewohner und auch für die Gewerbetreibenden nicht angenehm sind. Wobei ich dazu wirklich in positiver Weise sagen muss, dass gerade die Anrainerinnen und Anrainer sowie die Gewerbetreibenden sehr sehr lange, sehr sehr offen diesen Entwicklungen gegenüber gestanden sind. In den letzten Wochen, die Jahreszeit bringt es ja mit sich, hat sich dies leider wieder verstärkt. Daher bitte ich dringend, dass sich die zuständigen Stellen des Magistrates und die zuständigen Referenten schon dieser Sache bewusst sind und geeignete Maßnahmen ergreifen, nicht nur das Problem mit einem Alkoholverbot zu lösen. Ich glaube, da wird es ein bisschen mehr Fantasie brauchen, obwohl ich das Signal im Süden des Bahnhofes für ganz wichtig halte.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wir sehen natürlich auch, dass es hier im Bereich des Bahnhofes ein Problem gibt. Das wollen wir keineswegs leugnen, aber wir sind nicht gerade von der vorgeschlagenen Maßnahme begeistert. Ich hätte u.a. auch die Frage an Dr. Wieser, wenn sie angesprochen haben, dass die Behandlung dieses Punktes im Gemeinderat deshalb so lange auf sich warten ließ, weil Stellen im sozialen Bereich damit befasst wurden. Dann möchte ich gerne wissen, was ist dabei heraus gekommen? Gab es Vorschläge, wie man mit diesem Problem anders umgehen kann als mit einem Verbot? Wenn ja, dann würde ich dies ganz gerne wissen.

Was uns also hier zur Lösung des Problems offensichtlich als einzige Möglichkeit einfällt, ist die Nutzung des öffentlichen Raums zu beschränken. Die Nutzung des öffentlichen Raums sollte uneingeschränkt möglich sein und zur Nutzung des öffentlichen Raums sollte es auch gehören, dass ich, wenn ich auf den Zug warte, ein Bier trinken kann in diesem öffentlichen Raum und nicht gezwungen bin in ein Lokal auszuweichen, das mir vielleicht nicht behagt.

Die angesprochenen, im Antrag genannten Vorfälle sind natürlich Vorfälle, denen man nicht ohne Maßnahmen entgegen treten kann. Natürlich muss hier etwas passieren. Aber ich denke die beschriebenen Vorfälle reichen jetzt schon aus, um ein Einschreiten der Polizei zu rechtfertigen. Wo ist also das Problem? Es ist verboten jemanden niederzuschlagen, es ist verboten zu randalieren, es ist alles Mögliche verboten. Warum soll auch noch das Trinken eines alkoholischen Getränks verboten werden? Dass nicht alle mit der Menge des Alkoholkonsums umgehen können, ist uns allen klar. Außerdem glauben wir, dass ein Verbot nicht bewirken wird, dieses Problem zu lösen. Das haben jedoch bereits andere hier schon erwähnt. Wir glauben, dass es zu einer Verlagerung kommen wird, dass die Dinge, die jetzt in diesem Bereich passieren eben dann wo anders passieren.

Als letztes Argument möchte ich noch zu bedenken geben, dass jedes Verbot nur so sinnvoll ist, wie es überwacht werden kann. Hier frage ich mich wirklich, wie soll die Überwachung funktionieren? Wird es möglich sein, diese Überwachung sicher zustellen? Wenn wir tatsächlich die personellen Kapazitäten haben eine solche Überwachung zu gewährleisten, dann glaube ich auch, dass diese Personen, die dort tätig sind, anders mit den Problemen umgehen können. Dass sie auf die Personen zugehen können und sie zur Ordnung rufen und mit ihrem ganzen Knowhow, was die

Bewältigung von Krisensituationen anlangt, einwirken können, dass diese Vorkommnisse unterbleiben.

Wir sind daher nicht für diesen Antrag, wir werden dem nicht zustimmen, weil wir glauben, dass das nur ein weiterer Schritt ist wieder einmal ein Stück öffentlichen Raums in seiner Nutzung einzuschränken. Das wollen wir keinesfalls.

StR. Huber: Sehr geehrter Herr GR. Teubl, auf ihre Anfrage, was die Sozialabteilung sich überlegt hat, darf ich kurz mitteilen. Wir waren natürlich vor Ort und schauten uns die Sachlage an. Das Thema Streetwork ist erwähnt worden. Dort sind jedoch Menschen im Alter von 40 – 45 Jahren, die nicht die Zielgruppe der Streetworker sind. Wir waren vor Ort mit Mitarbeitern des Sozialpsychischen Beratungsdienstes, Alkoholberatung, stellten bereits Kontakte her. Es ist jedoch so, die Alkoholberatung gilt nur für Menschen, die auch bereit sind einen Entzug zu machen. Ebenso wurden die betroffenen Personen über das Soziale Wohnservice informiert.

Diese Menschen kennen zum Teil bereits die Angebote der Stadt Wels. Wir werden jedoch immer wieder mit unseren Mitarbeitern vor Ort präsent sein. Auch die Mitarbeiter der Polizei und Ordnungswache werden das Gebiet kontrollieren, denn diese haben selbst großes Interesse daran. Ebenso werden Flyer mit Hinweisen auf die Beratungseinrichtungen verteilt werden. Ich glaube jedoch, langfristig könnte man sich unter dem Motto Streetwork eine Gemeinwesenarbeit vorstellen. Dies sind langfristige Maßnahmen, die zu lange dauern werden, weshalb wir mit dem Alkoholverbot beginnen mussten.

Obdachlosen-, Streetwork- und Gemeinwesenarbeit ist mit Sicherheit ein Thema für die Sozialabteilung, natürlich auch verbunden mit zusätzlichem Personal. Das muss einem schon klar sein, wenn wir dort sozialarbeiterische Maßnahmen vornehmen, braucht dies auch entsprechendes Personal. MitarbeiterInnen der Sozialabteilung und auch der diversen Sozialeinrichtungen werden vor Ort präsent sein und schauen, was mit diesen Menschen passiert. Diese Menschen sind uns eben nicht egal.

Vzbgm. Dr. Wieser: Kollege Mag. Teubl, sog. „Zwangsentzüge“ gibt es nicht, das ist ungesetzlich. Wir werden jedoch diese Menschen in der Richtung beraten, ihnen Folder übergeben, in denen steht wo sie sich hinwenden können, wenn sie dies möchten.

Schon seit vielen Jahren sind öffentliche Spielplätze mit Alkoholverbot „belegt“. Auch dort könnte man sagen, es ist ja recht gemütlich auf diesen Spielplätzen, warum sollten die Menschen dort nicht Alkohol konsumieren, usw.? Wir haben vor vielen Jahren dort bereits mit solchen Exzessen zu tun gehabt und sind eben mit Verordnungen dagegen vorgegangen.

Kollege Dr. Csar, das Thema der Durchfahrten und Hausdurchgänge ist im Ausschuss besprochen worden. Wir haben dies über Ersuchen noch einmal überprüft. Das Ergebnis dieser Überprüfung durch Erhebungen seitens der Frau Mag. Pfann war, dass in diesen Durchfahrten und Hausdurchgängen keine Vorfälle in einem Ausmaß, wie sie jetzt beschrieben wurden, stattfanden, die eine Ausweitung dieser Verordnung auf diese Bereiche rechtfertigen würde. Sollte eine Verdrängung in diese Durchfahrten stattfinden, ist es sicherlich möglich, diesen Bereich in die Verordnung hinein zu

nehmen. Wenn wir die entsprechenden Berichte von der Polizei, vom Wachdienst erhalten, können wir in der nächsten oder übernächsten Sitzung das noch zusätzlich beschließen.

Wenn wir das heute beschließen, machen wir dies in einem Gebiet, wo es absolut gerechtfertigt ist. Es ist ein sehr vordringlicher Bereich. Ich habe bereits auf die Kinder, die Jugendlichen, Frauen usw. hingewiesen, die dort angepöbelt werden. Es sind dort so massive Missstände eingetreten, dass es unbedingt notwendig ist, das Alkoholverbot endlich zu erlassen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) aller im Stadtsenat vertretenen Fraktionen wird bei

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ, FPÖ, ÖVP)
3 Nein-Stimmen (GRÜNE)
angenommen.

Vzbgm. Wimmer: Wir kommen somit ans Ende der Gemeinderatsitzung. Ich möchte die Gelegenheit nutzen und mich beim hervorragenden Team der IT des Magistrates der Stadt Wels zu bedanken für die hochqualitativen Übertragungen dieser Sitzungen live in das Internet. Es kommt bei den Usern hervorragend an. Herzlichen Dank dafür.

Weiters darf ich mitteilen, dass gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatsitzung kein Einwand erhoben wurde und schließe die Sitzung.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: